

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Rummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postgesetzungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Anzeigen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Die Erhöhung des Getreidezolls

Scheint jetzt für das deutsche Reich eine beschlossene Sache zu sein. Die Konserverativen haben schon längst einen Antrag vorbereitet, den Kornzoll um das Dreifache zu erhöhen, sie wurden unterstützt von den Agrariern im Lande, die gar eine fünffache Erhöhung wünschen. Aber auch das Zentrum, in diesem Falle unter Führung des Abgeordneten von Schorlemer-Mis, tritt für Erhöhung dieses Zolles ein.

Und die Reichsregierung? Fürst Bismarck hat gesprochen, der Bundesrath wird zustimmen und die Angelegenheit ist erledigt.

Das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse, mag sich dann bei der Gesetzgebung bedanken, daß eins der hervorragendsten Lebensmittel vertheuert wird. Man sagt allerdings, das Brod sei trotz des Getreidezolles nicht im Preise gestiegen — das ist richtig. Zunächst ist der gegenwärtige Zoll ein geringer, dann aber sind die Ernten der letzten Jahre durchweg gute gewesen. So ist das Brod nicht theurer geworden; es wäre aber ohne den Zoll noch etwas billiger. Bei einigen Mißernten würde die Mehrzahl der Medaillen scharf hervortreten.

Wir wollen hier aus einer Petition aus Danzig an den Reichstag einen Passus abdrucken, der die Verhältnisse näher beleuchtet. Es heißt da:

„Schon die jetzigen Getreidezölle von 1 Mark für 100 Kilogramm sind eine schwere und ungerechte Last, die geforderte Verdreifachung, Vervielfachung oder gar Verfünffachung derselben würde die wichtigsten Volksinteressen auf das Empfindlichste schädigen. Der Preis nicht nur des vom Auslande eingeführten, sondern auch der viel größeren Menge des im Inlande gebauenen Getreides würde sich um den Betrag der Zollerhöhung steigern, also um 2 bis 4 M. für den Doppelzentner. Eine Familie, welche jährlich zehn Doppelzentner Getreide braucht, würde dafür mit 20 bis 40 M. mehr als jetzt belastet werden. Um so viel mehr müßte also von dem Verdienste des Ernährers für das tägliche Brod ausgegeben werden oder, wenn das nicht möglich ist, um so viel weniger Brod gegessen, um so viel knapper gelebt werden. Dieser Nachtheil tritt ein, mag die Ernte gut, mag sie schlecht gewesen sein, in beiden Fällen muß das Getreide um den Betrag des Zolles höher bezahlt werden, und wenn das bei guten Ernten noch erträglich sein mag, so wirkt bei den heueren Preisen schlechter Ernten die Vertheuerung durch so hohe Zölle geradezu erdrückend. Eine solche Belastung des nothwendigsten Nahrungsmittels ist für die Ernährung und damit für das Wohlergehen des ganzen Volkes im höchsten Grade schädlich. Die Last trifft ganz vorzugs-

weise die ärmeren Klassen. Sie sind ja weit mehr als die wohlhabenderen, welche in höherem Maße Fleisch und andere theuere Nahrungsmittel genießen können, auf das Brod angewiesen; der Arme verbraucht nicht weniger, sondern mehr Brod als der Reiche. Darum ist jeder Getreidezoll und zumal ein so hoher, wie der jetzt verlangte, die schwerste Ungerechtigkeit. Der Hauptgewinn würde nicht einmal der Reichskasse zufallen, welche nur den Zoll für das ausländische Getreide erhielt, sondern den größeren Grundbesitzern, welche für das von ihnen verkaufte Getreide so viel höhere Preise erhalten. Zu ihren Gunsten insbesondere also würden die Unbemittelten so schwer belastet und zu den Ausgaben des Reichs würden sie ganz unverhältnismäßig hoch herangezogen! Wir lassen uns nicht durch die völlig haltlose Behauptung irre führen, daß das Ausland den Zoll trage oder daß der Preis des Brodes nicht durch die Preissteigerung des Getreides vertheuert werde. Wir wissen, daß wir den Zoll ganz und voll in dem Preise des Brodes zahlen, welches wir essen.“

Wie sich aber die Erhöhung des Getreidezolles mit der Sozial-Reform der Reichsregierung, die doch auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, auf die Entlastung des armen Mannes hinielen soll, zusammenreimt, das ist uns unerfindlich.

Mit der einen Hand will man geben, während man mit der anderen Hand nimmt. Ehe noch das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz irgend eine segensreiche Wirkung ausüben kann, ehe das Altersvorsorge-Gesetz bei der Gesetzgebung eingebracht worden ist, werden Pläne geschmiedet, das unentbehrliche Nahrungsmittel des Volkes durch Zölle zu belasten!

Durch derartige Maßnahmen, welche in der Hauptsache nur den reichen Grundbesitzern zu Gute kommen, wird die Reichsregierung nimmer die Sympathie des arbeitenden Volkes erwerben können.

Auch in Frankreich plant man die Erhöhung der Getreidezölle, doch wird es dort bei dem Versuche bleiben. Energisch hat dort schon das Volk, unterstützt von den Männern der Wissenschaft, seine Stimme erhoben, so daß wir glauben, daß die dortige Gesetzgebung gegen des Volkes Stimme ihr Votum nicht abgeben wird.

Sehr energisch sprechen sich in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Revue scientifique“ Professor Dubost und Frederik Passy, der Vorsitzende der Kammerkommission für die Getreide- und Viehzölle, gegen den Getreidezoll aus. Es heißt da:

„Der Getreidezoll ist übrigens noch weit gefährlicher, als der Viehzoll, nicht bloß für die Konsumenten, denen er das Brod vertheuern würde, sondern auch für die

Produzenten, die er dem öffentlichen Unwillen aussetzt und für die er bei einer Mißernte auch keine Garantie bietet, da es bei sehr hohen Preisen gar nicht möglich sein würde, eine Hungersteuer aufrecht zu erhalten.“

Allerdings ist der Getreidezoll für Frankreich, welches viel mehr Getreide einführen muß, als Deutschland, noch verderblicher, als für unser Land, doch halten wir auch für das Deutsche Reich eine Erhöhung des Getreidezolles für schlimm genug.

Wir haben uns schon wiederholt in diesem Blatte gegen indirekte Steuern und gegen Zölle, die auf nothwendige Lebensmittel und Volksbedürfnisse gelegt werden, ausgesprochen, da man aber „positive Gegenvorschläge“ jetzt immer verlangt, so halten wir auch damit nicht zurück, sondern erklären noch wie vor als die einzige, rationelle Besteuerung einer Nation die progressive Einkommensteuer.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Die „soziale Frage“ war es, welche gestern und vorgestern die Verhandlungen des „hohen Hauses“ beherrschte; das Zentrum sowohl, wie die Konserverativen wollten ihre, den Wählern gegebenen Versprechungen einlösen und ließen von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefende Reden halten. Was ist's denn aber, was diese Herren wollen? Die Regierung soll die betreffenden Gesetze vorlegen und Enquêtes veranstalten in wie weit Aenderungen und Reformen nothwendig sind. Auf diese Weise ist es leicht, arbeiterfreundlich zu sein, aber wir glauben, man hat nun nachgerade Erfahrungen genug gesammelt, man könnte nun aufhören zu reden und thätig zu handeln anfangen. Dies, scheint uns, haben auch die Redner der Arbeiterpartei begriffen, indem sie ausführten, daß ihnen die gestellten Anträge in keiner Weise genügen, sondern daß sie es als Aufgabe der Volksvertretung betrachten müßten, positive Gesetzentwürfe zur Regelung dieser wichtigsten aller Volksaufgaben zu machen. Dem entsprechend wiesen die Abgeordneten der Arbeiterpartei darauf hin, daß der von ihrer Partei vorbereitete Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ihre Forderungen und Wünsche in dieser Beziehung enthalte und führten aus, daß die Beratung dieses Gesetzes, den Parteien welche jetzt so warm für das Wohl der Arbeiter eintreten, reichlich Gelegenheit geben werde, ihre tönenden Worte in die That umzusetzen. Interessant war dabei die Bemerkung, daß die Arbeiterpartei sich den Rath des Herrn Reichskanzlers zu Herzen genommen habe und bereit sei, noch ehe das dritte Duzend im Reichstag eintreffe, der Regierung und dem Volke laut und deutlich zu sagen was zur Förderung des Volkswohls nothwendig erscheine.

Zu der erneuten Anregung des Tabakmonopols seitens der Statthalterei von Elsaß-Lothringen bemerkt die „Nat.-Lib. Korrespondenz“: „Man wird danach kaum zweifeln dürfen, daß

„Was hilft es, ich muß Dir ja diesen Gefallen erweisen, um Dich nicht unglücklich zu machen.“ seufzte Georg.

Am andern Morgen um zehn Uhr gingen Paul Amberg mit seinem Bruder Arm in Arm nach dem Stadtgericht.

In dem Portal des großen Gebäudes in der Jüdenstraße verabschiedete er sich von ihm, um in einer gegenüberliegenden Weinhandlung seine Rückkunft zu erwarten. Nach einer halben Stunde kam Georg zurück; Paul reichte ihm die Hand und zwar diesmal mit aufrichtiger Herzlichkeit.

„Ich danke Dir, Georg, für den Dienst, welchen Du mir geleistet hast. Sei überzeugt, daß, wenn ich Dir wieder eine Gefälligkeit erweisen kann, ich Dir's nicht abschlagen werde.“

Sie stiegen mit den Gläsern an, aber Georgs Antlitz heiterte sich nicht auf.

Zum ersten Male in seinem Leben fühlte er eine Last auf seinem Gewissen; ja, je länger er nachdachte über das, was er gethan, desto mehr erschien ihm seine That wie ein Verbrechen.

Fünfundzwanztes Kapitel.

Als die beiden Brüder aus der Weinhandlung den Rückweg nach Georgs Wohnung antraten, gingen sie Anfangs schweigend neben einander her; Georg in trüben Gedanken versunken, Paul seine Blicke rechts und links auf alles Interessante, auf alles Bemerkenswerthe richtend.

Der Eine der beiden Brüder außergewöhnlich schwermüthig, der Andere außergewöhnlich heiter und guter Dinge.

An einer der Anschlagssäulen hielt Paul seinen Bruder fest.

„Bleib' einen Augenblick, Georg! Da, hier siehst Du es mit Riesenlettern: Heute Abend im Zirkus Konz. Auftreten des Fräulein Gilly. — Das ist die Kunstreiterin, von der ich erzählte, die ich in Danzig sah. Was meinst Du, gehen wir heute Abend in den Zirkus?“

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.

(Fortsetzung.)

„O, Räthchen wird Dein Geheimniß so gut bewahren wie ich selber.“

„Schön; wir sprechen morgen weiter darüber. . . . Adieu jetzt, ich fahre zu der jungen Mutter, natürlich nicht als der Vater ihres Kindes, sondern als entfernter Verwandter oder dergleichen. Von meinem Verhältnisse zu ihr und meinem Charakter darf Niemand etwas wissen. . . . Aber, Georg, willst Du die Visite an meiner Stelle machen?“

„Nein, das ist mir nicht möglich!“

„Nun, vielleicht verhöhnst Du Dich mit dem Gedanken bei Lisette's Kinde Papa zu sein, mit der Zeit; sie ist ein allerliebste Mädchen.“

„Wie magst Du nur so unpassend scherzen! Du weißt, daß ich Räthchen über Alles liebe.“

Sie sahen am nächsten Tage eben wieder beim Mittagstisch, als es draußen klingelte. Bald darauf kam das Mädchen und überreichte ihrem Herrn einen Brief; die äußere Form, das große, längliche Format, das gelbe, gestempelte Papier, und namentlich das Siegel, kennzeichneten ihn sofort als einen Gerichtsbrief.

Georg erblaßte, als er dieses Schreibens ansichtig wurde; seine Hand zitterte, als er den Brief dem Dienstmädchen abnahm.

Mit einem scheuen Blick auf seine Frau suchte er den Brief zu verbergen, indem er ihn unter seine Serviette hob.

Räthchen gab sich in der That den Anschein, als habe sie nichts bemerkt, und doch hatte sie nicht nur den Charakter des Briefes bereits so gut erkannt, wie ihr Mann, sondern auch gesehen, daß die Adresse an Herrn Amberg, Philippinenstraße Nr. 74 lautete.

Obwohl sie in letzter Zeit von ihrem Manne über eine Korrespondenz im Unklaren gehalten war, wußte sie

doch, daß derselbe mit den Gerichten nichts zu thun habe. Sie war deshalb aufs Höchste überrascht, und ein Blick auf das marmorbleiche Antlitz ihres Mannes erschreckte sie heftig. Georg wagte nicht, sein Auge zu seiner Frau zu erheben.

Endlich fühlte Paul Erbarmen mit seinem Bruder; er kam seiner Angst zur Hülfe, indem er seine harmlosen Plaudereien wieder aufnahm, und so die Aufmerksamkeit von dem Gegenstand ablenkte.

Georg zog ihn am Rock und gab ihm einen Wink, ihm in das Nebenzimmer zu folgen.

Paul gehorchte, nachdem er seiner Schwägerin vorher lächelnd eine segenswerte Mahlzeit gewünscht und ihr herzlich die Hand gedrückt hatte.

„Daß der Brief auch gerade in Gegenwart Räthchens ankommen mußte!“ sagte Georg, „ich war so erschrocken! Sie muß es mir angemerkt haben.“

„Wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen war, so kann ihr nicht entgangen sein, daß Du ausjähst wie eine Gipsstatue.“

„Was muß sie von mir denken! . . . Ich kann es kaum bis morgen aushalten, ihr mein Geheimniß zu entdecken. Sie muß mich für den undankbarsten, schlechtesten Mann halten!“

Mechanisch und mit zitternder Hand öffnete Georg den Brief.

In demselben stand, daß die unverehelichte Lisette Müller Herrn Amberg, Philippinenstr. 74 wohnhaft, als den Vater ihres am elften Juni dieses Jahres geborenen Sohnes angegeben habe, und daß derselbe morgen Vormittag 10 Uhr auf das Vormundschafts-Gericht geladen werde, um sich über diese Angaben der p. p. Müller zu äußern.

„Was ängstigt Du Dich also?“ fragte Paul, nachdem sein Bruder mit flüsternder Stimme und sich häufig mit Seufzen unterbrechend, den Brief gelesen hatte. „Die ganze Geschichte ist so einfach. Gehe getroßt und mache nicht ein so einfältiges Gesicht, wenn Du morgen vor dem Richter stehst und Dein „Ja!“ aussprichst und Deinen Namen unter das Protokoll setzt.“

von Seiten der elsaß-lothringischen Landesregierung ein Antrag auf Einführung des Tabakmonopols bei dem Reichskanzler bezogen. Dem Bundesrath in Vorbereitung ist. Es bleibt nur die sehr schwerwiegende Frage, inwiefern man sich in Straßburg bei diesem Antrag des vorherigen Einverständnisses des Reichskanzlers versichert hat. Wir wollen hoffen, daß hierbei nur eine selbstständige Straßburger Aktion vorliegt. Im gegenwärtigen Reichstag ist das Tabakmonopol ebenso wenig durchzubringen wie im verflochtenen, und daß es dem Reichskanzler noch einmal nach Reichstagswahlen unter dem Zeichen dieses Projektes gelüftet, möchten wir beweisen.

Dem Bundesrath ist die schon seit längerer Zeit vorbereitete Zolltarifnovelle zugegangen. Dieselbe hat vorher den Bundesregierungen zur Begutachtung vorgelegen und ist, nachdem die Aenderung derselben eingegangen, an den Bundesrath gebracht worden. Der Gesetzentwurf, welcher bereits auf der morgigen Tagesordnung des Bundesraths sich befindet, besteht aus 3 Paragraphen. § 2 enthält die auf die Aenderung des Zolltarifs vom 15. Juni 1879 bezüglichen Bestimmungen; es sind zum Theil die in der vorigen Session theils vom Reichstag abgelehnten, theils nicht mehr zur Beratung gekommenen Tarifänderungen, ein Theil darunter mit wesentlichen Modifikationen. Als neu sind zunächst die Getreidezölle zu erwähnen, wobei Roggen mit 2, Weizen mit 2, 3 angelegt sind; die Soliszölle sind für rohes und für unbearbeitetes Holz in gleicher Höhe wie in der vorigen Vorlage, für bearbeitetes jedoch wesentlich höher angelegt. Die haben eine durchgreifende Umgestaltung im Anschluß an die früheren Vorschläge erfahren. Mühlenabfälle werden von 3 auf 5 R. gesetzt, Damast allgemein bis auf 120 R. Altkommode Nähnadeln und Nähmaschinen sind wesentlich erhöht, die erste und zweite Stufe bei Garn sind in eine zusammengezogen und auf 5 R. angelegt. Feuerfeste Steine sind auf 50 R., Schmelzblei auf 2 R. u. s. w. normirt; im Ganzen sind es an 20 Positionen.

Noch immer gehen dem Reichskanzler Zustimmungsdressen aus Anlaß der Reichstagsabstimmung vom 15. Dezember zu; einzelne derselben sollen bis 10,000 Unterschriften tragen. Um eine Vorstellung von der Ausdehnung zu geben, den diese Kundgebungen erreicht haben, genügt es, zu bemerken, daß das Gewicht derselben tageweise annähernd einen Zentner erreicht. — Es ist nicht ohne Interesse, festzustellen, welche Stände sich vorzugsweise bei diesen Adressen betheiligigt haben; man würde daraus vielleicht Rückschlüsse ziehen können auf die für Bildung unserer Parteien bestimmenden Faktoren. Die „N. A. Zeitung“ hofft darüber in kurzem Näheres mittheilen zu können.

Ueber das Engagement deutscher Offiziere a. D. für China brachte gestern die „Nordd. Allg. Zig.“ folgende offizielle Erklärung: „Die chinesische Regierung hat eine Anzahl Deutscher, welche ehemals dem Heere angehört haben, als Instrukteure für ihre Armee engagirt. Die Bedingungen, unter denen diese früheren Militärs in China Stellung finden, sollen pekuniär sehr günstige sein, und es ist deshalb nicht zu verwundern, daß sie bei solchen ehemaligen Militärs, welche jetzt als Privatleute in voller Unabhängigkeit leben, Annahme gefunden haben. Die Reichsregierung kann dieselben dabei weder fördern noch hindern; solchen Militärs aber, welche zum deutschen Heere noch in dienstlichem oder Reserve-Verhältnis stehen, würde sie in Folge der strikten Neutralität, die sie dem französischen-schinesischen Konflikt gegenüber von Anfang an bewahrt hat, die Betheiligung an derartigen Geschäften natürlich nicht gestatten.“

Ein Kongreß für Gefängnißwesen findet dieses Jahr in Rom statt. Es soll zugleich eine Ausstellung von Modellen von Gefängnissen und Gefängnisapparaten nebst Arbeitszeugnissen der Gefangenen stattfinden. Das Komitee des Vereins für Gefängniswesen in der Schweiz, organisiert bereits die Theilnahme. Anmeldungen haben vor Ende Februar zu geschehen. Die Schweiz wird vertreten durch Herrn Strafanstaltsdirektor Dr. Guillaume in Neuenburg.

Gessen-Darmstadt. Die Regierung hat den Ständen soden einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der unter Aufhebung des Abjages 2 im Art. 6 des Gesetzes vom 9. Juni 1879, betr. die Ausführung der deutschen Strafprozeßordnung, bestimmt: Die Vorschriften des Artikels 6 Abs. 1 des ziti. Ges., wonach der zu einer Freiheitsstrafe Verurtheilte die Kosten seines Unterhalts zu erlegen hat, kommt auch bei Verbüßung von Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen zur Anwendung. Das Gesetz soll mit dem 1. April 1885 in Kraft treten. Der aufzugehende Passus 2 des Art. 6 lautet: „Bei der Verbüßung von Freiheitsstrafen in dem Landes-Zuchthause oder in den Gefängnissen wird angenommen, daß die Sträflinge den Ersatz für die Kosten ihres Unterhalts durch die Arbeit geleistet haben, zu welcher sie in diesen Strafanstalten angehalten worden.“ Dem Gesetzentwurf ist eine verhältnismäßig umfangreiche Motivirung beigegeben.

München. Durch Entschliegung des Staatsministeriums des Innern vom 26. v. M. wurde, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, der Schuhmachergeselle Carl Heininger aus Haubach in Oesterreich, welcher vom Landgerichte Augsburg wegen Ver-

breitung des „Sozialdemokrat“ zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden war, aus dem Königreiche Bayern ausgewiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Zwischen dem Bischof Strozsmayer und der kroatischen Landesregierung schwebt ein Konflikt. Letztere weigert sich, dem Bischofe die Bewilligung zur Abholzung der Wäldungen des Bisthums zu geben, und stützt sich auf die bestehenden Gesetze. Strozsmayer soll nämlich in den großen Wäldungen seines bischöflichen Besitzes eine Raubwirthschaft geführt und daraus den Erlös von mehr als vier Millionen Gulden erzielt haben, die er auf die Erbauung der Diakoverer Kathedrale und zu großartigen Schenkungen verwendete. Die Erhaltung der von ihm errichteten Bauten und die Alimentirung seiner Stiftungen erfordert immer neue Summen, während die bischöflichen Kassen leer sind. Dieser Erbde soll durch weitere Devastirung der Wälder abgeholfen werden, während die Landesregierung die Bewilligung dazu u. s. w. weigert. Das Agrarorgan Strozsmayer's führt laut Frage darüber, daß man Strozsmayer in der Ausübung seiner Rechte (!) behindern wolle.

Schweiz.

Eine Volksversammlung tagte am 11. Januar in Baselstadt, um über Schutzmittel gegen die herrschende Arbeitslosigkeit zu beraten. Das Präsidium führte der Arbeiter Martin und das Wort wurde ergriffen von Bürgerin, Kreis Deichwanden, Dr. Feigenwinter, Redakteur Amstein, Rießer-Bär, Rudolf Sarasin u. s. w. Schließlich wählte die Versammlung eine Kommission, in welcher die verschiedensten politischen Schattirungen vertreten sind, welche weitere Schritte thun soll.

Franreich.

Wie der „Telegraph“ wissen will, sollen die allgemeinen Kammerwahlen schon Ende April oder Anfang Mai angeordnet werden. Ferry würde dazu hauptsächlich dadurch bestimmt, daß voraussichtlich 30 Mitglieder der Kammermehrheit zu Senatoren gewählt werden und die entsprechende Zahl von Erswahlungen stattfinden müßte, wenn die Neuwahlen erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres stattfinden. Die veräußerten Wahlen würden eine Auflösung der Kammer zur Folge haben, wenn der Präsident nicht etwa seine Zustimmung zu einer Kammerauflösung versagt. — Die Kommission der Arbeitslosen hat Deligirte zum Gemeinderath entsendet, welche gestern von dessen Vorstand empfangen wurden. Die Delegirten verlangten, der Vorstand solle den Seinepräsidenten veranlassen, den Gemeinderath sofort einzuberufen, damit derselbe die Anträge der unbeschäftigten Arbeiter entgegennehme und über diese Anträge beschließe. Der Vorstand hat jedoch beschlossen, es komme ihm nicht zu, einen derartigen Schritt bei dem Präsidenten zu thun.

Großbritannien.

Der „Standard“ glaubt, daß die englische Regierung mit der deutschen Regierung in Unterhandlungen eingetreten ist, um ein Uebereinkommen zu Stande zu bringen, wonach keine der beiden Mächte ein Protektorat über die Samoa-Inseln übernehmen darf. Unter diesen Umständen erwartet man, daß das Kolonialamt es ablehnen wird, dem Gesuchen der Regierung von Neuseeland um unverzügliche Annexion dieser Inseln Folge zu geben. — Ferner verlangt das Blatt, daß England ebenso prompt vorgehe, wie Fürst Bismarck, und erklärt es für lächerlich, mit Deutschland deshalb zu streiten, weil es etwas genommen habe, was England zuerst hätte nehmen können, es aber nicht gethan habe. Nichts sei einer großen Nation unwürdiger, als vage, unpraktische Eifersüchteleien. „Daily News“ meinen, soweit sie sehen, habe die deutsche Kolonialpolitik überall der unvorständigen Panik, welche sie zuerst in England erregte, den Boden entzogen.

Amerika.

Zu dem Attentat auf den Irlander Phelan wird dem „Standard“ aus New-York berichtet: Phelan scheint in vielen sensiblen Unternehmungen der Hauptführer gewesen zu sein. Man meldet, daß er einer derjenigen war, die mit der Ermordung des Kronzeugen Carey beauftragt waren. Die anderen waren Kearny, Short und O'Donnell. Jeder Einzelne war nach einem besonderen Hofen gewiesen, und wie die Welt jetzt weiß, war es O'Donnell, dem es gelang, den mörderischen Auftrag auszuführen. Rossa's „United Irishmen“ hat eine Darlegung der Angelegenheit veröffentlicht, in der Phelan mit O'Donnell auf eine Stufe gestellt und behauptet wird, daß Phelan zu der Unterredung mit einem Messer versehen erschien. Rossa beabsichtigt die Einleitung einer sensiblen Untersuchung über die Frage von Phelan's Treue. Er behauptet, daß englische Agenten für die hiesigen Dynamitverschödrungen verantwortlich sind, und daß sie die Dynamitladen gedungen haben, die alsdann später entdet werden sollten. Rossa erbietet sich, vor irgend einem Ausschuß, den der Kongreß niederlegen dürfte, die Komplizität der britischen Polizei zu beweisen.

Kommunales.

Die Berliner Pferdebahnen. Im Jahre 1884 sind in Berlin ca. 80 Millionen Menschen durch die verschiedenen Tramway-Gesellschaften, an 18 Millionen durch Omnibus- und an 10 Millionen auf der Stadt- und Vorortbahn im Fernverkehr befördert; außerdem wurden auf 20 Booten, auf der Stadtbahn im Vorortverkehr u. s. w. 2 Millionen Passagiere befördert, so daß von den Berliner Lehrinstituten, abgesehen von den Droschken, Privatspulen, Kremsern u. s. w. an 110 Millionen Menschen gemacht, d. h. pro Tag an 300 000 Menschen. Und das ist besonders die eine Thatsache, daß die verschiedenen Tramway-Gesellschaften gegen das Vorjahr (1883) 9 000 000 Passagiere mehr aufwießen, obwohl nur eine neu eröffnet (Spittelmarkt-Rollweg) und zwei anderweitig verlängert wurden (Hafenplatz-Hausvogelplatz bis zum Hauptplatz und Weihenau-Alexanderplatz bis Rathhaus). auf allen Linien, auch auf denen der Berliner Pferde-Gesellschaft nach Charlottenburg eine Steigung gegen das Jahr zu konstatiren, die durchschnittlich über acht Prozent trägt, eine Steigung, die, wie gesagt, fast von selbst, ohne besondere Aufwendungen der Gesellschaft eintritt. Die zunehmende Benutzung der Pferdebahnen ist an sich sehr erfreulich; bedauerlich aber ist, daß man ein Verkehrsmittel von so hervorragender Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit privaat ausbeutet überläßt, und somit das große mühselige von Jahr zu Jahr wachsende Summen verläßt, welche der Allgemeinheit zu Gute kommen könnten.

Lokales.

Der neue vom Polizeipräsident dem Magistrat vorgelegte Entwurf einer Bauordnung für Berlin, welcher sich an den früheren Entwurf formell dadurch unterscheidet, daß der Minister des Innern mit dem im neuen Entwurf enthaltenen Bestimmungen sich einverstanden erklärt hat, enthält doch in manchen Punkten noch theilweise weit strengere resp. die Behauptungen der Voranschläge als der frühere Entwurf. Der neue Entwurf wird in Zukunft ein großer Theil der Berliner Grundstücke in einer für den Eigenthümer nachtheiliger Weise gar nicht umgebaut werden können, und es deshalb diese Eigenthümer ihre vorhandenen alten Baualten so lange wie möglich zu erhalten suchen. Die Beratungen des Magistrats wie in der vom Magistrat gebildeten Specialkommission über den neuen Entwurf bezwecken nur, die besten Staatsbehörden durch sachliche Erwägungen zur Klärung einzelner Bestimmungen des Entwurfs im Interesse der gegenwärtigen Sachlage jedes Mittel, etwaige Aenderungen des Entwurfs herbeizuführen zu können.

Das Terrain des zugespitzten Gräben von der Wallenbrücke bis zur Loge zu den 3 Weisen zum größten Theil bereits verpachtet und wird als Baugrund benutzt. Einen großen Theil dieser Strecke hat ein Unternehmer zu einer künstlichen Eisenbahn herrichten, wie seine anderen Schicksalsgefahren, bisher immer sehr einjog. Es dürfte sich eigentümlich ausnehmen, wenn einem natürlichen Wasserlauf auf einer künstlichen Straße nach dem Hausvogelplatz, welcher im Sommer gefrieren würde, ein weiteres Stück der zugespitzten Gräben Grabens verschwinden. An dieser Stelle ist ein großes Stück des Gräben Grabens zu dem Waarenlagerhause mit verwendet worden, welches als Baugrund des Hausvogelplatzes 6 und 7 gegenwärtig benutzt wird. Die Benutzung des zugespitzten Gräben als Baugrund ist besser, als man vielleicht annehmen würde. Da auch der geforderte Preis für denselben kein unmaßig hoher ist, so dürfte das ganze Terrain des Gräben, soweit es wenigstens freiliegt, in kurzer Zeit als Baugrund durch seine Bebauung verschwinden sein.

Warnung. Auf dem Artillerie-Schießplatz bei Zehlendorf wiederholt Personen betroffen, welche entgegen dem Verbot, denselben unbefugter Weise betreten. Da auf dem genannten Plage fast zu jeder Jahreszeit Schießübungen nicht allein der Artillerie, auch der Infanterie und Kavallerie stattfinden, so ist Nichtbeachtung obigen Verbotes, neben der angedrohten Strafe für die Betreffenden die schwersten Gefahren für deren Gesundheit nach sich ziehen. Es kann daher im Interesse der Publikum nur auf das Dringendste vor dem Uebertreten der Grenzen des Plazes bezeichnenden Sicherheitsgebühren gewarnt werden.

Bei dem jetzt wieder in großem Schwunge befindlichen Ausschachten der Häuser, d. h. dem Abbruch bestimmter Gebäude behufs Verlaufs der brauchbaren Baumaterialien, tritt die gewöhnlich allseitig eifrende Erscheinung zu Tage, daß die bei dem Abbruch gewonnenen gut erhaltenen Ziegelsteine beinahe zu

„Ich bin eigentlich nicht so recht in der Stimmung,“ sagte Georg kleinmüthig; „doch, wenn Käthchen will.“
 „Du beugst Dich förmlich dem Willen Deiner Frau,“ sagte Paul, indem sie weiter gingen. „Ich habe Dir schon einmal gesagt, Georg, dergleichen thut nicht gut. Du mußt Deiner Frau eine männliche Autorität zeigen, mußt zeigen, daß Du selbstständig handeln kannst, sowohl in Deinen Geschäften, wie in Deinen Vergnügungen.“
 „Bis jetzt bin ich immer am besten dabei weggekommen, wenn ich meine Frau überall hinzuzog.“
 „Nun, wie Du denkst, Georg, wenn Du nicht ohne Deine Frau gehen kannst, so verzichte ich ganz und gar auf den Besuch des Zirkus.“
 „Das ist mir in der That das Liebste. . . Ich werde die Zeit lieber benutzen, um endlich mein schwer belastetes Herz vor meiner Frau auszuschütten.“
 „Du Thor, willst Ihr also Alles sagen?“
 „Natürlich! Du weißt ja, daß ich niemals beabsichtigte, ihr diese Geschichte zu verschweigen; Du selbst warst damit einverstanden.“
 „Nun meintwegen magst Du das; um meintwegen brauchst Du Dir keinen Zwang aufzuerlegen; aber um Deiner selbst willen möchte ich Dir rathe, die Beichte noch hinaus zu schieben.“
 „Um meiner selbst willen? Siehst Du denn nicht ein, daß ich unglücklich bin, seit ich weiß, daß Käthchen mich beargwöhnt?“
 „So? Du glaubst also, durch Deine Beichte wäre der Argwohn beseitigt?“
 „Gewiß! Käthchen setzt in meine Worte keinen Zweifel.“
 „Wie schlecht kennst Du das weibliche Herz, Georg. Eine Frau, deren Eifersucht einmal erweckt ist, sieht in den allerunschuldigsten Dingen Gespinnster, wenn Du Dich auch noch so engelrein darstellst, sie wird hie und da dennoch einen Flecken an Deiner Tugend bemerken, der sich nicht abwuschen läßt, und wenn Du ihr mit tausend Eiden Deine Unschuld beschwörst, sie wird sich davon nicht überzeugen.“

„Ich rechne darauf, Paul, daß die Besehnigung, welche Du mir giebst, sie allein schon überzeugen wird.“
 „Du sollst die Besehnigung haben, mein guter Junge; aber erwäge folgendes — Du sagst Deiner Frau: „Ich habe die Vaterschaft eines unehelichen Kindes anerkannt, dessen Vater ich nicht bin; ich habe das aus Gefälligkeit für meinen Bruder gethan. Sieh, hier ist ein Zettel meines Bruders, auf welchem geschrieben steht, daß er der Vater ist, und daß ich durch die Anekenntniß nur gefällig gewesen bin.“ . . . Reinst Du, daß Käthchen Dir alsdann um den Hals fällt und ausruft: „D, Du guter, edler Mann! Ich habe Mißtrauen gegen Dich gehegt, jetzt bin ich von allem Mißtrauen befreit!““
 Georg senkte traurig das Gesicht und dachte einige Sekunden nach. Mit einem tiefen Seufzer antwortete er endlich:
 „Nein, nein, das wird sie nicht sagen; sie wird mir vielleicht gar einen Vorwurf machen und sagen, ich hätte leichtfertig gehandelt.“
 „Das wird sie ohne Zweifel! Sie wird sogar hinzusetzen: „Warum hast Du mich nicht zu Rathe gezogen?““
 Sie wird Dir Schreckensgespenster vormalen, wird Dir allerlei mögliche und unmögliche Folgen vorstellen, die Deine Handlung haben könne; sie wird Dir und sich Angst machen, wo gar keine Ursache zur Besorgniß vorhanden ist.“
 „Darauf muß ich gefaßt sein, Paul; aber ich werde ihr sagen, daß Du versicherst, meine Gefälligkeit könnte durchaus keine schlimmen Folgen haben.“
 „Ich schmeichle mir nicht, bei Deiner lebenswürdigen Frau eine so unantastbare Autorität zu sein, daß sie meiner Versicherung ohne Weiteres Glauben schenkt.“
 „Sie ist aber vernünftigen Vorstellungen zugänglich.“
 „Eine eifersüchtige Frau vernünftigen Vorstellungen zugänglich? Ha, ha! Ich kenne das aus Erfahrung. Meine Frau ist auch zuweilen eifersüchtig. Alle Gesetze der Logik, aller gesunde Menschenverstand, alle vernünftige Ueberlegung wird zu Schanden vor der Leidenschaft weiblicher Eifersucht.“
 „Von Eifersucht ist ja aber hier gar nicht die Rede,

Paul. Dein Nevers muß ja jedes Mißtrauen in eheliche Treue sofort beseitigen.“
 „Das denkst Du Dir; erwäge doch einmal, ob Deine Frau, wenn Du ihr diesen Schein produziert, nicht dabei denkt: „Ha, mein Georg hat die Thore geöffnet, er hat ein uneheliches Kind. . . Ich habe längst angemerkt, daß er ein böses Gewissen hat, und daß die Sache nicht länger vertuscht werden kann, mich zu täuschen.““
 „Paul, wahrhaftig, Du erschreckst mich — das ich gar nicht gedacht. Du meinst also wirklich, ich könnte an meine Schuld glauben?“
 „Ich meine nicht, daß sie das könnte, sondern kläre Dir ausdrücklich, daß sie das thun wird.“
 Georg blieb plötzlich stehen und sah seinen Nevers sehr ernst und vorwurfsvoll an.
 „Das Alles sagst Du mir jetzt? D, Paul! unbrüderlich von Dir, daß Du Alles dieses nicht sagtest. Früher sagtest Du, daß ich bei diesem durchaus nichts riskirte und jetzt stellst Du mir die schlimmsten Folgen vor.“
 „Das Alles wird nicht geschehen, wenn Du das heißt, wenn Du schweigst. . . Ich denke, nicht Ursache hast, mir Vorwürfe zu machen, weil das sage, Du solltest lieber erkennen, daß ich auslicher Liebe zu Dir, Dich befreien möchte von irgendwelchen nachtheiligen Folgen.“
 „Ich muß schweigen, muß dieses Geheimniß mein Lebenlang in meiner Brust verschließen,“ sagte Georg dumpfer Stimme.
 „Das ist allerdings notwendig,“ versetzte Paul, wenn Du auch jetzt noch mit dem Gedanken ausgehnt bist, so wirst Du es bald sein. . . Ich thut das Ihrige zur Heilung aller Schmerzen und Beruhigung der Gewissenspein. . . Du bist jetzt auf dem Wege ein sorgenfreies Leben zu führen, vielleicht kommst Du kurz oder lang wieder zu Wohlstande, wenn mich sorgenfrei lebt, vergißt man dergleichen sehr leicht. Käthchen wird sehr bald gar nicht mehr daran denken, sie Dich einmal im Verdacht gehabt hat, ein

Preisen ab-
 Biegelein
 fordern un-
 23 M., w-
 mit 26 bis
 rung für d-
 steinfabrik-
 nämlich seh-
 und wider-
 und daher
 Um die Zi-
 brechen zu
 fahren; de-
 hohen Prei-
 N. D.
 Altes-Ges-
 pols, sowol-
 genauen K-
 Feuerfeste
 in Schöne-
 soll denselb-
 g. W.
 Grundst-
 Bullenwi-
 ehemalige
 hat. Ein
 das Förster-
 bauten Lan-
 Försterei er-
 welcher mit
 eine Grinne
 welche hier
 soll sich je-
 genommen
 ten; später
 jetzt dient
 geschäft. A-
 deren Dach-
 zahl von
 Grundstück
 werden w-
 läßt. a. Du
 schied ge-
 welchen er
 Niederwall-
 Schulz hat
 sich nicht n-
 Entfernung
 hunderten
 einen zwei-
 all, mittlere
 steht, und
 Augen; je-
 etwas nach
 Zu de-
 lerinnen z-
 Seite noch
 gericht best-
 von 12000
 Annonce, d-
 von 20 000
 teur suchte.
 nonce ab
 vermittlerin
 Besitz der
 Vermögen
 setzen verfr-
 Eltern meh-
 erfolgte zw-
 tigam's ble-
 mittlerin V-
 Vergnügen
 die freundl-
 nung des b-
 verlebte i-
 zeit, die d-
 Mittelpunk-
 feier hatte
 früheren R-
 klären zu
 bare Beneh-
 vertief ang-
 um sich n-
 hatte der ju-
 den, heimlich
 Kollegen de-
 ledige Ver-
 einer belant
 und in den
 Vertreterin
 vor ihr zu
 großen Bo-
 plichtet h-
 meiner ei-
 werde.“
 Sie w-
 Georg
 Gemüthsst-
 ersten Bild-
 nahmevoll
 Seitenblick
 andeutete:
 Glades wa-
 Am
 Berlin ab.
 Zu S-
 ihm diese
 sei und de-
 Testament
 „Nati-
 ment zu un-
 den er dar-
 beseitigt, n-
 Testament
 denkt. . .
 sinn ein W-
 fern zu hal-
 wir sind
 Vermögens-
 ausrufer:
 ein schwerer
 aber ist das
 daß ein ge-
 Deiner D-
 „Gott
 Brief gele-
 Wenn mit-
 bringt, so
 bringen, da

1884
die ver
Dmitri
abt. und
den auf
r u. i.
Verkehr
rioafum
schen G
Uns im
Tram
r (1883)
nur ein
wei ande
bis zum
S. Bau
er Pf
gegen da
selbst Br
rat.
sich ge
Berle
ntbrüch
große
nmen
könnte
gistrat
er sich
daß be
wurf ent
nthält de
Bebau
auf. N
Theil de
mer nutz
und e
ten Bau
Beratun
ten Soc
ar, die
den zur
im Inter
nen Beh
gliche A
rinnen
3 Weib
d als
will ein
lichten,
mer febe
den den
n, wenn
stlichen
g der
Sommer
teres S
Stelle ist
dem m
welches
proach
brünen
zunehm
lein ne
rain des
rger Zeit
sein.
ay bei
tagen de
betreten
r Fabrik
ntlerie,
en, so
gedrohen
für Ver
im Inter
ein Ueb
Sicherh
chwun
dem An
verkauf
h allse
dem Ab
be zu
trauen
einmal,
n produ
an die
Ich ha
en hat,
a kann,
h - dar
wirklich,
sonder
wird."
ah seine
Paul!
dieses
a mir
ann Du
denke,
en, we
ich au
von ig
Geheim
sagte
ankten
rzen und
eht auf
t kommt
wenn
sehr le
daran
ein

Preisen abgesetzt werden, wie jene, welche ganz neu aus den Ziegeln bezogen werden. Für die ersten Ziegelsteine fordern und erhalten die Unternehmer pro Tausend 21 bis 23 M., während neue Ziegelsteine aus den Ziegeln heute mit 26 bis 28 M. pro Tausend bezahlt werden. Die Erklärung für diese auffällige Thatsache giebt der heutige Ziegelsteinfabrikation kein gutes Zeugnis. Die Bauherren wissen nämlich sehr gut, daß die alten Ziegelsteine bedeutend fester und widerstandsfähiger sind, als die Ziegelsteine von heute und daher bilden die letzteren stets einen sehr gesuchten Artikel. Um die Ziegelsteine beim Abbruch zu erhalten bezw. ihr Zerbrechen zu verhindern, wird möglichst sorgfältig mit ihnen verfahren; der Mehraufwand von Arbeitskräften wird durch den hohen Preis dieser Steine aufgewogen.

N. Die Direktion der großen Berliner Pferdeisenbahn-Aktien-Gesellschaft unterwirft gegenwärtig ihre sämtlichen Depots, sowohl innerhalb der Stadt wie in den Vororten, einer genauen Revision durch Sachverständige in Bezug auf deren Feuerlichkeit, um ähnlichen Katastrophen, wie bei dem Depot in Schöneberg, vorzubeugen. Da wo irgend Mängel gefunden, soll denselben im Laufe des Sommers abgeholfen werden.

g. Mit dem Abbruch der alten Baulichkeiten auf dem Grundstück Taubenstraße 23a, dem letzten Grundstück am sog. Bullenwinkel, schwinden die noch übrig gebliebenen Reste der ehemaligen kurfürstlichen Försterei, welche sich hier befanden hat. Ein großer Theil der zu ihr gehörigen Baulichkeiten, so das Försterhaus, ist bereits vor Jahren beim Aufbruch der Brachbäuser Taubenstraße 22 und 23 abgerissen worden. An die Försterei erinnert jetzt nur noch ein inzwischen verbauter Stall, welcher mit seiner Längsseite direkt an der Straße liegt und so eine Erinnerung an die ehemaligen baulichen Zustände abgiebt, welche hier geherrscht. Der zum Abbruch kommende Försterstall soll seinerzeit die Wagen und Pferde der Fremden aufgenommen haben, welche die Försterei mit ihrem Besuch besuchten; später wurde er in einen Krankensaal umgewandelt und jetzt dient er schon seit langer Zeit als Remise für ein Fuhrgeschäft. Das einzige, was die fensterlose Straßenseite, an deren Dach man mit der Hand reichen kann, zielt, ist eine Anzahl von Ausbängelkästen hiesiger Schreiblehrer. Auf dem Grundstück soll jetzt ein großes, schönes Gebäude errichtet werden, welches ein hiesiges bedeutendes Bankhaus erbauen läßt.

a. Durchgänger. Der Angreifer S. in der Mühlensstraße schickte gestern Mittag um 12 Uhr seinen Lehrling Schulz, in welchem er großes Vertrauen setzte, zu einem Kunden in die Niederwallstraße, um von demselben 1200 M. einzusameln. Schulz hatte auch diese Summe einflüssig, mit dem Gelde aber sich nicht wieder geben lassen. Außerdem hatte er vor seiner Entfernung aus dem Komtoir seines Prinzipals, einen Hundertmarktschein aus der Geldkassette entwendet, zu welcher er einen zweiten Schlüssel besaß. Der Durchgänger ist 17-18 Jahre alt, mittelgroß, von schwächlicher Gestalt, mit regelmäßigem Gesicht, und gesunder Gesichtsfarbe, dunkelblonden Haaren, blauen Augen; seine Zähne sind vollständig, einer derselben ist aber etwas nach Innen gewachsen.

Zu dem Treiben der sogenannten Heirathsvermittlerin wird der „Ger.-Ztg.“ von durchaus glaubwürdiger Seite noch ein Fall mitgeteilt, der augenblicklich das Obergericht beschäftigt. Ein Oberkellner, welcher sich des Bestandes von 12000 M. erfreut, fand in einer hiesigen Zeitung eine Annonce, durch welche eine junge Dame mit einem Vermögen von 20000 M. einen Ehemann, am liebsten einen Restaurateur suchte. Der Oberkellner gab seine Adresse auf diese Annonce ab und erhielt bald darauf den Besuch einer Heirathsvermittlerin, einer Frau Blume, welche den Oberkellner in den Besitz der heirathslustigen, jungen Dame mit den 20000 M. Vermögen gegen Zahlung einer Provision von 400 M. zu setzen versprach. Nachdem die erst 24jährige Schöne, die keine Eltern mehr hatte, dem Oberkellner vorgestellt worden war, erfolgte zwei Tage später die Verlobung und seitens des Bräutigams die Auszahlung der 400 M. Provision an die Vermittlerin Blume. Während nun das verlobte Paar sich allen Vergnügungen hingab, bei welchen selbstverständlich auch die freundliche Vermittlerin nicht fehlen durfte und auf Rechnung des bis über die Ohren verliebten Bräutigams gute Tage verlebte, traf das Brautpaar alle Vorbereitungen zur Hochzeit, die denn auch vor einigen Monaten in einem Lokale im Mittelpunkt der Stadt gefeiert wurde. Zu dieser Hochzeitsfeier hatte der glückliche Ehegatte auch einige seiner früheren Kollegen geladen, die während der Tafel sich Heimlichkeiten zusüßelten. Der junge Ehefrau war das sonderbare Benehmen mehrerer Hochzeitsgäste nicht entgangen, und sie verließ angeblich eines leichten Unwohlseins halber die Tafel, um sich nach einem Nebenzimmer zu versorgen. Inzwischen hatte der junge Ehemann alles erfahren, was zu der auffallenden, heimlichen Unterhaltung Veranlassung gegeben. Seine Kollegen hatten in der ihm eben angetrauten Frau eine leichtlebige Berliner Dame erkannt, die bis vor kurzem der Auktion einer bekannten Abtheilung des Polizei-Präsidiums unterstellt und in den öffentlichen Balllokalen der Residenz eine ständige Vertreterin war. Der junge Ehemann ging zu seiner Ehefrau,

vor ihr zu haben. Du hast aber aus dieser Geschichte den großen Vortheil gezogen, daß Du mich Dir auf ewig verpflichtet hast. Ich wiederhole Dir, Georg, daß, wenn Du meiner einmal bedarfst, ich Dir den Segendienst erweisen werde.“

Sie waren inzwischen zu Hause angekommen. Georg war nicht so sehr Herr seiner Gefühle, um seine Gemüthsstimmung vor seiner Frau zu verbergen. Auf den ersten Blick bemerkte diese seine Niedergeschlagenheit. Theilnahmevoll sah sie ihn an, aber sie sagte nichts. Nur einen Seitenblick richtete sie auf ihren Schwager, welcher diesem andeutete: „Ich weiß, daß Du der Störenfried unseres Glückes warst.“

Am nächsten Morgen reiste Paul Amberg von Berlin ab.

Zu Hause fand er einen Brief Emmys vor, worin ihm diese schrieb, daß Onkel Rodenburg bedenklich erkrankt sei und daß derselbe den Wunsch geäußert habe, sein Testament zu machen.

„Natürlich,“ so schloß der Brief, „wird er das Testament zu unseren Gunsten machen. Er hat ja Niemanden, den er darin bedenken könnte; Lucie ist beseitigt, Fritz ist beseitigt, nur wäre noch zu verhindern, daß er in seinem Testament an das dritte Bruderkind, Martin Rodenburg, denkt. . . . Vielleicht, theurer Onkel, findest Dein Scharfsinn ein Mittel, auch diesen Namen von dem Testamente fern zu halten. . . . Nun noch wenige Tage, Onkel, und wir sind Erben von Felbau und des Rodenburg'schen Vermögens, und dann erst können wir mit vollem Herzen ausrufen: Triumph! Wir haben gesiegt! . . . Es war ein schwerer Kampf, den wir unternahmen, desto größer aber ist das Verdienst dieses unseres Sieges! Und ich denke, daß ein geringer Theil dieses Verdienstes auch mir gebührt, Deiner Dich liebenden Nichte, Emmy.“

„Gott sei Dank!“ rief Amberg, nachdem er diesen Brief gelesen hatte, und ihn wieder zusammenfaltete. „Wenn mich mein Leichtsinns auch von Amt und Brod bringt, so wird er mich doch nicht um das Vermögen bringen, das entschädigt mich genügend für Alles!“

die inzwischen von einer Ohnmacht sich erholt hatte, um hier das Beständnis zu empfangen, daß sie früher einmal sehr leicht gelebt habe und überhaupt keinen Pfennig Vermögen besitze. Zu dem ganzen Schwindel will sie von der Vermittlerin Blume überredet worden sein. Die Entstellungen über das Vorleben seiner mittellosen Frau hatten eine derartige Wirkung auf den betrogenen Ehemann ausgeübt, daß er sofort die Gesellschaft verließ. Wenige Minuten später war auch die junge Frau verschwunden und bald nachher die 25 Personen starke Hochzeitsgesellschaft. Die davongegangenen Eheleute haben die gemietete Wohnung nicht bezogen, dagegen hat der Ehemann sofort die Klage auf Trennung der Ehe beim Landgericht I angestrengt. Die Haupturheberin des Betruges, Frau Blume, ist unmittelbar nach der Hochzeit spurlos aus Berlin verschwunden.

a. Wegen Aufruhrs sind heute acht Personen von der Kriminal-Polizei zur Haft gebracht worden, welche Massenverhaftung folgender bedauerlicher Vorgang veranlaßt hat: Schon seit längerer Zeit hat die Polizei Kenntniß von dem jeder Beschreibung spottenden Unwesen, welches allmählich die Prostituirten und ihre Zuhälter (soz. „Louis“) in der Langenstraße verübten, und es ist deshalb seit Kurzem vor den berüchtigtesten Häusern dieser Straße ein Schutzmannsposten aufgestellt worden, welcher die Festnahme von Rudestörern veranlassen sollte. Hierdurch machte sich dieser Beamte bei den „Louis“, welche in einem Schanklokal der genannten Straße regelmäßig zusammenkommen und eine Vereingung unter dem Namen „Nüdelklub“ bilden, verhasst, und die Louis planten einen pöblichen gemeinsamen Ueberfall des Postens, um an diesem durch Mißhandlungen ihr Mißthun zu fühlen. In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. um 11 1/2 Uhr wurde dieser Plan ausgeführt; eine Horde von „Louis“ und sonstigen Strolchen in einer Stärke von mehr als 100 Mann strömte plötzlich auf den Beamten zu, umzingelte ihn, und die Nüdelklubführer, darunter der „Arbeiter“ Casbaum, warfen den Beamten zu Boden, schlugen auf ihn und versuchten ihm sein Seitengewehr zu entreißen. Dies aber gelang ihnen nicht, denn der Schutzmann hielt krampfhaft seinen Säbel fest und dieser konnte ihm nicht entzogen werden. Auf die Hilferufe des Schutzmanns kamen zwei Revierwächter hinzu, welche aber keinen der Strolche festzunehmen vermochten, da ihnen diejenigen, welche sie ergreifen, von 20 anderen Händen wieder entzogen wurden. Nachdem die Strolche die geplante Mißhandlung des Schutzmanns zur Ausführung gebracht hatten, zerstreuten sie sich. Die von der Kriminalpolizei am folgenden Tage aufgenommenen Nachforschungen führten zur Festnahme von 8 an der Hauptmehrlingung beteiligten Strolchen, worunter der Hauptklubführer Casbaum sich befindet. Casbaum hat eingeräumt, daß der Ueberfall des Schutzmanns von sämtlichen an dem Ueberfall Beteiligten geplant gewesen war. Die Verletzungen des überfallenen Schutzmanns sind glücklicher Weise keine bedenklichen. — Schließlich wollen wir noch bemerken, daß das Verbrechen des Aufruhrs nach § 115 des Strafgesetzbuchs, Abs. 2 gegen die Nüdelklubführer mit Zuchthaus bestraft wird.

Es ist erstaunlich, woran die Langfinger sich wagen. Im Beständnis des Konkordatheaters in der Friedrichstraße hing ein lebensgroßes Bild des einen dort aufstrebenden Artisten, eines Silhouettenzeichners. Das Bild hatte eine Höhe von 80 Zentimeter und 60 Zentimeter Breite und einen werthvollen, breiten, in Gold gehaltenen Rahmen. Vielleicht hat der letztere eine besondere Anziehungskraft ausgeübt, genug, daß besessene Bild ist unter den Augen des Vorliebes fortgestohlen worden und spurlos verschwunden.

Die Diebstähle im Moabitler Justizpalaste scheinen nachgerade überhand nehmen zu wollen. Zu den in den jüngsten Tagen bereits gemeldeten hat sich schon wieder ein neuer gestellt. Während eines Prozesses, der Montag und Dienstag das Schwurgericht am Landgericht II beschäftigte, wurde einem Reuzen aus dem Zeugenzimmer ein seidener Regenschirm mit Eisenknäufen entwendet. Der Reuze hatte nur auf eine Sekunde das Zeugenzimmer verlassen und während dieser kurzen Zeit den Schirm auf den Tisch gelegt; als er zurückkam, war der Schirm fort. Daß sich ein Reuze vergriffen hat, haben die eingeleiteten Recherchen widerlegt; es ist daher nur anzunehmen, daß sich ein Unbeteiligter in das Zeugenzimmer geschlichen und irgend eine Gelegenheit zum Diebstahl abgewartet hat. Die hiesige Wiederkehr solcher Fälle dürfte dazu führen, daß eine strengere Kontrolle in Bezug auf die Besucher der Sitzungssäle und Korridore geübt wird.

N. Beschollen ist seit vorigen Sonnabend ein in der Hedmann'schen Fabrik in der Köpnickstraße beschäftigter Arbeiter Christian Bömer aus Witt. Derselbe ist am Sonnabend Abend in der Nähe genannter Fabrik zum letzten Male in Gesellschaft von zwei Mannspersonen gesehen worden. Von hier ab fehlt jede Spur und schwebt die Familie des Verstorbenen in größter Besorgniß, da angenommen wird, daß Bömer ein Unglück zugezogen ist. Der Vermisste, 55 Jahr alt, ist von mittlerer Statur, hat dunkles Haupthaar und gleichfarbigen Schnurrbart und trägt einen schwarzen Ueberzieher. Bömer hatte den Wochenlohn bei sich und war außerdem im Besitz einer Taschenuhr. Alle, welche über den Verbleib des Ver-

Sechzehntes Kapitel.

Bereits seit drei Monaten war Fritz Rodenburg in Bethesda thätig und mit jedem Tage gewann er mehr das Vertrauen des Chefarztes und auch zum Theil der Kranken selber. Der Besuch des Arztes ist bei Fritz in der Regel ein unangenehmes Ereigniß. Fritz dagegen war wegen seines außerordentlich gewandten und lakvollen Benehmens, das er der Krankheit eines Jeden anzupassen verstand, Ihnen Allen wie ein angenehmer Gast.

Er disputirte eben so ernsthaft mit Catharina von Medicis und sprach mit ihr über Hugenotten-Epikur, als ob er ihr Minister sei.

Dem Religionsreformer, der die Religion der Brüderlichkeit erfunden und von dem großen Geiste selbst inspirirt sein wollte, ja, der auch über übernatürliche Mächte verfügte, hörte er mit größter Aufmerksamkeit zu, und machte ihm in zwar bescheidener, aber bestimmter Weise begreiflich, daß das Alles keine neuen Ideen, sondern schon längst da gewesene seien, und eben sein Eingehen auf die fixe Idee macht die Kranken oft stutzig und an sich selbst zweifelhaft, was immerhin schon als ein Symptom der Besserung betrachtet werden kann.

Am meisten aber gewann er durch diese Methode das Vertrauen der Patienten, so daß diese selbst sich nach der Stunde seines Besuchs sehnten.

Fritz Rodenburg seinerseits verwannte alle Zeit und alle Mühe auf seinen neuen Beruf; unverdrossen widmete er sich früh und spät der weder angenehmen noch dankbaren Aufgabe, des Lebens Nachsteifen zu studiren und einen Lichtstrahl in den traurig verfinsterten Geist fallen zu lassen.

Dr. Jefferson schätzte ihn deshalb außerordentlich und bevorzugte ihn vor allen übrigen Assistenzärzten dadurch, daß er ihn häufig zu einer Privatbesprechung einladen ließ, und eine solche fand auch heute statt, während sie in dem Wohnzimmer Dr. Jefferson's bei einem Glase Wein saßen und über die Vorzüge oder Nachteile dieser und jener Einrichtung sprachen, die Irrenhäuser im Allgemeinen und das von Bethesda insbesondere bis auf die kleinsten Details be-

mühten etwas wissen, werden gebieten, der Polizei oder der Frau Bömer direkte Mittheilung zu machen.

N. Ueber eine Eisenbahn-Katastrophe in Rassenhaid, erfahren wir das Nachfolgende: Der von Stralund gestern früh 8 Uhr 22 Minuten abgelassene Güterzug, hatte gestern Abend 7 Uhr beinahe die zwischen Dranienburg und Grüneberg belegene Station Rassenhaid erreicht, als plötzlich aus bisher noch absolut unaufgeklärter Veranlassung die Maschine und der aus 7 Wagen bestehende Train entgleiste. Der in einem der vordersten Wagen befindliche Packmeister Richter wurde sofort getödtet, während der Zugführer und ein anderer Beamter anscheinend lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Verzügliche Hilfe war von Dranienburg sofort zur Stelle. Nach Anlegung von Notverbanden mußten die beiden Verunglückten, da sie nicht weiter transportfähig waren, nach Dranienburg überführt und dort in weitere ärztliche Behandlung gegeben werden. Der getödtete Packmeister Richter, ein sehr pflichtgetreuer und tüchtiger Beamter, hinterläßt eine Frau und zwei Kinder im Alter von 3 resp. 1 Jahr. Obwohl sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe 15 Arbeiter von der Stettiner und 30 Arbeiter von der Märkischen Eisenbahn an die Unglücksstelle abgefordert worden, so war es doch nicht möglich die Geleise wieder frei zu machen. Ueber die Entstehung der Entgleisung war etwas Bestimmtes bisher noch nicht zu ermitteln. Festgestellt soll sein, daß die Weichen sowohl in Grüneberg, wie in Dranienburg vollständig richtig gestanden haben. Die weitere Untersuchung ist eingeleitet, und hat sich zu diesem Zweck eine Untersuchungskommission bereits gestern früh an den Ort der Katastrophe begeben.

Ein schwerer Unglücksfall hat den im benachbarten Yanke (Kreis Bernau) in stiller Zurückgezogenheit lebenden Oberlieutenant a. D. M. in der Nacht vom 13. bis 14. d. Mts. betroffen. Der alte Herr machte sich um 10 Uhr von Biesenthal aus auf den Nachhauseweg und hatte ungefähr auf der Hälfte des Weges das Unglück, auf der dunklen Chauffee zu Falle zu kommen und hierbei einen Beinbruch zu erleiden. Ohne sich von der Stelle rühren zu können, hat der Bedauernswerte die ganze Nacht auf der menschenleeren Chauffee zubringen müssen, erst beim Tagesanbruch kam die erste Person, die Brodfrau, des Weges, welche schleunigst aus Yanke Hilfe requirirte, worauf der Verunglückte in seine Wohnung geschafft wurde.

Eine Giftmischerin. Ein Dienstmädchen in Charlottenburg hat eine Reihe von Giftmordversuchen gegen die Tochter ihrer Dienstherrschaft begangen. Die Giftmischerin will die That deshalb ausgeführt haben, weil sie glaubte, daß mit Beseitigung der Tochter ihre Stellung in der Familie eine bessere werden würde. Sie vergaste die für die Tochter bestimmten Speisen und Getränke mit großen Mengen von Phosphor, welchen sie von Händhölchen abgeschabt hatte. Die infolge dessen sich einstellende dauernde Kränklichkeit ihres Kindes machte endlich den Verdacht in den Eltern rege, dasselbe könne vergiftet sein, was sich denn auch durch Untersuchung der Speisen bestätigte. Am Montag fand die Verhaftung des Dienstmädchens statt, welches bei den ersten Vernehmungen ihre Absicht bereits eingestanden und die einzelnen Versuche ausgegeben hat.

Eine wahre Selbstmord-Epidemie scheint über Berlin hereinzubrechen zu sein. Die Fälle, in denen aus oft in geheimnißvolles Dunkel gehüllten Gründen Lebensmüde die Hand an sich legen, mehren sich in erschreckender Weise. Oft haben wir an einem Tage Kenntniß von 3 oder 4 solchen Ereignissen erhalten. Der letzte Fall ereignete sich im Eisenbahnloose. Bei der Ankunft des am Mittwoch Abend 11 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof eintreffenden Personenzuges wurde in einem Coupé zweiter Klasse die Leiche eines jungen Mannes mit blondem Haar, dessen Persönlichkeit nicht sozuleich festgestellt werden konnte, am Boden zwischen den Rissen liegend vorgefunden. Ein leeres Fläschchen, welches der Verstorbene noch umklammert hielt, zeigte, daß er sich durch Gift den Tod gegeben. Es ergab sich, daß er in Breslau eingestiegen und erst von Frankfurt ab allein im Coupé geblieben war. Die Leiche wurde alsbald auf Anordnung der Polizei nach dem Obduktionshause geschafft.

g. Der Selbstmord des Baumeisters Stürmer in seiner Belle des Untersuchungsgerichts zu Moabit zeigt, wie durchaus nothwendig zur Verhinderung ähnlicher Vorgänge die Entfernung aller Gegenstände ist, welche den Inhabitoren den Selbstmord durch Ertrinken, Erhängen u. dgl. möglich machen. Dasselbe Verfahren, welches in dieser Beziehung in den Gefängnissen geübt wird, könnte sehr leicht auch in dem Untersuchungsgericht beobachtet werden. Stürmer hat sich, wie gemeldet wurde, erhängt; wie wir hinzufügen können, mittelst seiner Hosenträger, Ausgeschloffen ist ja ein Selbstmord auch in einer Gefängniszelle nicht, wie die unnatürlichen Todesarten in den Gefängnissen beweisen. Aber ihre Ausführung wird hier sehr erschwert und mancher Sträfling, der später ein ordentlicher Mensch geworden, hätte sich das Leben genommen, wenn ihm hierzu nicht durch Entblößung aller Mittel die Möglichkeit bekommen worden wäre.

trachteten und gegenseitig ihre Erfahrungen durch Mittheilung ihrer Ansichten zu ergänzen suchten.

Sie kamen zuletzt auf einzelne Kranke zu sprechen und Fritz veräumte bei solchen Gelegenheiten nie, derjenigen Kranken zu erwähnen, welche nach wie vor sein besonderes Interesse erregt hatten. Es waren dies Mrs. Forster und Miß Ely.

„Ich muß lobend anerkennen,“ sagte der Chefarzt, „daß Sie diesen Kranken eine besondere Sorgfalt widmen; in dessen beklage ich Sie zugleich, denn hier haben Sie am wenigsten Aussicht auf Erfolg.“

„Ich meinerseits,“ antwortete Fritz, „glaube, daß hier ein Erfolg am leichtesten zu erzielen ist. Für mich kommt es zunächst nur darauf an, zu wissen, ob diese beiden Patienten überhaupt wahnsinnig sind, oder nicht. . . . Sind sie es, dann dürfte es nicht schwer sein, den Ursprung der Krankheit zu erforschen, und da sie periodisch unstreitig vollkommen gesund sind, so ist die größte Hoffnung auf ihre Beseufung vorhanden. . . . Sind sie aber überhaupt nicht wahnsinnig, nun so ist doch die Entscheidung für Beide ein großer Gewinn und darf ebensfalls als ein Erfolg angesehen werden.“

„Von Mrs. Forster bin ich überzeugt, daß sie nicht wahnsinnig ist; dagegen ist es Miß Ely unstreitig, und zwar ist sie unheilbar wahnsinnig.“

„Erlauben Sie, Herr Direktor, daß ich hierin gerade umgekehrter Ansicht bin; ich glaube vielmehr, daß Mrs. Forster in der That geisteskrank ist, dagegen Miß Ely völlig gesund, und wo sie hier und da Spuren von Geisteserrüttung zeigen mag, so ist dies wohl nur ihrem langen Aufenthalt in der Anstalt und ihrem freien Verkehr mit Ihnen zuzuschreiben.“

„Ich wundere mich, Herr Rodenburg, Sie, einen Arzt von so scharfem Verstande, diese Ansicht aussprechen zu hören. . . . Haben Sie an Mrs. Forster auch nur die leiseste Spur einer Geisteserrüttung bemerkt?“

(Fortsetzung folgt.)

Ein graufiger Hund wurde am Sonnabend Nachmittag auf dem Hofe des früheren Amtshauses in Steglitz gemacht. Ein sogenannter „Naturforscher“ untersuchte mit seinem Haken die Müllgrube nach irgendwelchen Abgängen, und dabei förderte er die Leiche eines neugeborenen Kindes zu Tage. Es liegt unzweifelhaft ein Kindesmord vor; denn wie sich schon auf den ersten Blick zeigte, und wie die gestern stattgehabte Obduktion ergab, war der Schädel des Kindes eingedrückt, und auch an der Kehle zeigten sich Spuren einer würgenden Hand. Die Untersuchung ist natürlich sofort eingeleitet worden.

Louisenstädtisches Theater. Da die Direktion des Louisenstädtischen Theaters sich diesen Winter vollaus mit Novitäten versehen, dieselben aber bisher wegen des längeren Gastspiels der Zwinger nicht hat können zur Aufführung gelangen lassen, so müssen sie nun schnell wegen der Kürze der Zeit aufeinander folgen. So geht am Sonnabend schon wieder eine neue Gesangsposse, betitelt: „Papa Kieledusch“ von Ehly in Scene.

Das bereits seit mehreren Jahren im Alhambra-Theater engagierte Mitglied Herr Theod. Bey hat am Sonnabend, den 17. Januar sein Benefiz. Es gelangt zur Aufführung das Schauspiel: „Mutterlegen“, oder die neue Fancon. Dieser Hinweis dürfte wohl genügen, um dem allgemein beliebten Benefizianten ein volles Haus zu sichern. Die Hauptrollen befinden sich in Händen der Damen Bey, Carlson, Milbig, Waller und der Herren Bey, von Dohlen, Gerick und Seefeld.

Central-Theater. Fräulein Anna Grünfeld, die vortreffliche Soubrette des Central-Theaters, welche in der lustigen Gesangsposse „Der Walzer-König“, deren 83. Aufführung heute stattfindet, durch ihren stets frischen Humor und reizenden Gesangsbeitrag wesentlich zu dem außerordentlichen Erfolge der Novität beiträgt, hat soeben von Herrn Dir. Ernst, der die Verdienste seiner Mitglieder zu schätzen weiß, eine bedeutende Gagenzulage erhalten.

Gerichts-Zeitung.

—y. Nach der Bescheerung. Am Abende des 21. Decbr. vorigen Jahres fand in dem Rother'schen Lokale in der Zeltenerstraße die Weihnachtsbescheerung für die armen Kinder jenes Bezirkes statt. Unter den zu Bescheerenden befanden sich auch die Ruffler Karl Wein'schen Kinder, die, wie üblich, von ihren Eltern begleitet wurden. Der feierliche Akt war eben zu Ende und die Bescheerten schickten sich an, nach Hause zu gehen, da betrat noch ein armes Weib mit vier Kindern neben und hinter sich den Saal, es wandte sich an den Vorstand und bat, daß doch auch den Kindern ihrer in bedrängter Lage befindlichen Schwester, denn das seien ihre Begleiter, von den Gaben der Wohlthätigen etwas zu Gute kommen. Sofort drängte sich das Wein'sche Ehepaar, welches Obrenzeuge dieses Gesuches war, vor und erklärte, daß die Wittstillerin, welche ihnen bekannt sei, keineswegs in hilfsbedürftiger Lage sich befinde, der Vorstand nahm indessen von dieser Einmischung keine Notiz, sondern versprach der Wittstillerin eine nachträgliche Bescheerung am folgenden Tage. Hiernach wurde Wein demjenigen von Reid befehlt, daß er der sich entfernenden Frau auf den Flur folge und dieselben hier ohne alle Veranlassung einen Salog ins Gesicht werfe. Als die entrüsteten Augenzeugen den rohen Patron kurzer Hand vor die Thür warfen, da wandte sich sein Groll gegen die unwillige Urheberin dieses Schwimpes, gegen jene arme Frau und er und seine Ehehälfte faßten an der Großbeerensstraße Ecke Poststr., um die abnunglos des Weges kommende noch weiter zu mißhandeln. Dies haben sie allerdings gründlich und zwar gemeinschaftlich besorgt, es belam ihnen aber schlecht, denn zunächst wurden sie arretirt und gestern dinstags die Hülfe Abtheilung des Schöffengerichts dem Ehepaare eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, der Frau Wein eine solche von einer Woche zu.

Eine wunderbare Heilungsgeschichte, in der auch der Scharfrichter eine Hauptrolle spielt, gelangte am Montag in der Revisionssitzung vor dem Strafsenat des Kammergerichts zur Verhandlung. Angeklagt des versuchten Betruges resp. der Beihilfe dazu sind der Scharfrichterbefehliger August Zimmer zu Küstrin, dessen Gehilfe Christian Freymuth und die unverehelichte Anna Beyer zu Drewitz bei Küstrin. Der von der Strafkammer zu Landsberg a. W. festgestellte Thatbestand ist nach der „G. B.“ folgender: Der Gastwirth Luther in Groß-Kammin hat im vorigen Jahre mehrfache Krankheitserscheinungen unter seinen Rügen bemerkt, und der um Rath befragte Zimmer erklärte die Thiere für „beherzt“. Er behauptete auch, daß er, wenn er Haare von dem Vieh hätte, sehen könnte, ob Fütterung oder böse Menschen schuld an der Krankheit haben; auch müßte er die Haare zur Prüfung an den Scharfrichterverein zu Wiesbaden schicken. Freymuth holte hierauf Haare von Luthers sämtlichem Vieh, besuchte dann bald darauf den Luther in Gemeinschaft mit Zimmer und mußte bei dieser Gelegenheit mit dem Vieh „Sympathie“ machen. Als nun trotzdem wieder eine Kuh krank wurde, las Zimmer dem Luther einen angeblich vom Scharfrichterverein aus Wiesbaden erhaltenen Brief vor, wonach ein altes Weib aus Kammin schuld an der Vieh-Krankheit sei, er würde dem Luther das alte Weib bringen; das koste aber 100 M. und ein Gefäß für den Gehilfen. Luther versprach beides. Nun engagierte Freymuth die nicht bei Küstrin wohnende, unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Beyer und versprach ihr 10 M., wenn sie in Kammin die Rolle der Hege spielen wolle. Sie wurde dahin instruirte, daß sie eine Rüge aufsehe und ein recht bezugmäßiges Ansehen und Gebahren annehme, dann aber in der zur Besichtigung bestimmten Nacht, sobald Licht an ein bestimmtes Fenster der Luther'schen Wohnung gesetzt würde, an dieses Fenster trete und sich dem Luther als Hege zeige. Sie sollte sich dabei die Haare recht wild in das Gesicht streichen und sagen, sie sei die Hege; sie wolle es aber in ihrem Leben nicht wieder thun. Zweimal kam es wegen Behinderung Luthers, oder weil die Zeugen, welche derselbe eingeladen hatte, nicht erschienen waren, nicht zu der verabredeten Verhandlung; endlich aber fand dieselbe doch in einer Nacht des Februar vorigen Jahres statt, nachdem Luther noch schnell seinen Nachbar Siewert als Zeugen des schauerlichen Aktes herbeigeholt hatte. Man begab sich nun in die „gute Stube“. Zimmer erhielt auf sein Ansuchen drei Lichter und drei Flaschen als Leuchte dazu, zündete die Lichter an und las nun gemeinschaftlich mit Freymuth aus mitgebrachten Büchern. Zimmer fragte sodann den Freymuth: „Ist Dein Buch abgelaufen?“ Dieser erwiderte: „Ja!“ worauf Zimmer in beschwörender Tone zweimal rief: „Geist, ich sage Dir, tritt herein!“ Die Beyer ließ hierauf draußen an dem bestimmten Fenster wimmende Töne laut werden, zeigte sich aber noch nicht, und erst als Zimmer mit verstärkter Stimme rief: „Satan, ich sage Dir zum dritten Mal, tritt herein!“ kam sie — und zwar entgegen ihrer Instruction, wonach sie sich, sobald sie sich am Fenster zeigte, wieder entfernen sollte, — direkt zur Thür herein und gab auf Zimmer's Frage: „Weib, was treibst Du hierher?“ zur Antwort: „Der Geist treibt mich hierher; ich habe keine Rüge, ich blüte um Vergebung!“ Luther und seine Frau schimpften nun auf die vermeintliche Hege, weshalb diese ihr Vieh behert habe, da sie ihr doch nichts gethan hätten, und als sie sodann Zweifel äußerten, ob man es, — die Beyer ist nämlich von sehr großer Gestalt, — nicht etwa mit einem Hezer statt mit einer Hege zu thun habe, überzeugte sie Zimmer alsbald durch den Augenschein von der Weiblichkeit der unheimlichen Erscheinung. Auf Luthers Frage, wer und woher sie sei, gab sie zur Antwort: „Ich bin aus Sumatra von jenem der Warthe — und heiße Beyer.“ Nun ging aber dem Luther, — war doch die Person und das Renommee der Beyer nur zu sehr in der Gegend bekannt, — ein Licht auf; er erkannte, wessen Geistes Kind er vor sich habe, ergriß schnell

einen Knüttel und schlug damit trotz der Warnung Timmers, sich und sein Haus nicht unglücklich zu machen, derart auf das Frauenzimmer ein, daß dasselbe alsbald mit Geheul durch die Hausthür entflohe. Luther machte nun dem Zimmer Bormürfe. Dieser verwahrte sich dagegen, meinte, seine Mittel hätten stets geholfen, bezahlte seine Fehde und fuhr mit Freymuth ab, indem er die vor dem Dorf wartende Beyer mit auf den Wagen nahm und sie mit 4 M. entschädigte. — Auf die gegen die drei Komplizen in erwähnter Art erhobene Anklage hatte das Schöffengericht zu Küstrin auf Freisprechung erkannt, indem es der Angabe Timmers, daß es sich nur um einen „Spaß“ und nicht um Erreichung eines rechtswidrigen Vermögensvortheils gehandelt habe, Glauben schenkte. Die Strafkammer zu Landsberg, bei welcher der Staatsanwalt Bewußung einlegte, nahm indes das Gegenheil an, und zwar umsomehr, als Zimmer und Freymuth gefährlich das Heilen von allerlei Krankheiten des Viehes durch „Sympathie“ und „Besprechung“ gewerdmäßig gegen Entgelt betreiben, und zwar durch „Sympathie“ in der Weise, daß sie einen von religiösen Formeln verbrämten Spruch auf ein Stück Papier schreiben, darin Haare von dem kranken Vieh einwickeln und letzterem dann das Papier zu freßen geben. Heilmethoden, mit denen sie sich auf einem Gebiet bewegen, das dem hier in Rede stehenden nahe genug verwandt ist. Sodann wurden Zimmer und Freymuth wegen versuchten Betruges zu je vier Wochen, die Beyer wegen Beihilfe zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt. Sie legten hiergegen Revision ein. Zimmer, ein noch ganz junger Mann, suchte im Audienstermin vor dem Kammergericht auch hier die Sache lediglich als Spaß darzustellen. Das Kammergericht fand diesen Einwand für begründet und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurück.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

1. Die öffentliche Generalversammlung der Metallarbeiter Berlins, welche am Mittwoch Abend unter dem Vorsitz des Herrn Rogan in Sanssouci tagte, nahm als ersten Punkt der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung den Rassenbericht für das letztverfllossene Quartal entgegen, den Herr Möhring in Vertretung des Kassiers Herrn Neßband erstattete. Wenn irgend etwas geeignet ist, den bedauerlichen Rückgang der einst so stattlichen Bewegung klar vor Augen zu führen, so ist es dieser Abrechnungsbericht vom Generalunterstützungsfonds. Angefichts dieser traurigen Thatsache verdienen die von verschiedenen Seiten an die Metallarbeiter gerichteten Mahnungen doch wieder regelmäßig und allgemein zum Generalfonds beizusteuern, die ernsteste Beachtung, um so mehr, als gerade jetzt erhöhte Anforderungen an denselben gestellt werden. Nach Erledigung dieses Punktes erstattete der Metallarbeiter Herr Krohm Bericht über den Kongreß zu Sera, am Schlusse desselben folgenden Antrag stellend: „Die heute den 14. Januar 1885 tagende Generalversammlung der Metallarbeiter Berlins beschließt, eine Kommission von 15 Personen zu wählen, welche beauftragt ist, in den verschiedenen Metallarbeiter-Fachvereinen Berlins und Umgegend den Beitritt zu der durch den Kongreß zu Sera gegründeten Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands zu veranlassen, wozu aber den Ausschuss dieser Vereinigung zu ersuchen, definitive Beschlüsse zu fassen resp. denselben mitzutheilen, bis zu welcher Höhe das diesjährige Gehalt des ersten Vorsitzenden und ersten Kassiers normirt werden soll.“ Gegen diesen Antrag war Herr Goerdt, welcher es nicht für zweckmäßig hielt, daß die beauftragte Kommission, welche nothwendig aus Vertretern aller Branchen zusammengesetzt sein müsse, aus der in Rede stehenden Versammlung gewählt werde; es sei erforderlich, daß zu diesem Zwecke eine allgemeine große Versammlung sämtlicher Metallarbeiter einberufen werde. Herr Krohm glaubt jedoch, daß diese Angelegenheit rasch erledigt und allen Schwierigkeiten dadurch begegnet werden könne, daß er den verschiedensten Branchen angehörende Personen für die Kommission vorschlägt, die Ergänzung derselben vor vollen Zahl der Versammlung überlassend. Diese entschied sich denn auch im Sinne des Herrn Krohm und nahm den gestellten Antrag in vorstehender Form bei der erfolgten Abstimmung an. Bei der Wahl der für die Kommission vorgeschlagenen Personen stellten sich indes derartige Schwierigkeiten heraus, daß sich Herr Krohm veranlaßt sah, seinen gestellten Antrag wieder zurückzuziehen und die Versammlung sollte nunmehr im Sinne des Herrn Goerdt, daß eine große Metallarbeiter-Versammlung einberufen werden möge, in welcher alle Branchen vertreten sind, und daß aus dieser Versammlung heraus die Kommissionswahl vorgenommen werden möge. Hieran schloß sich die Neuwahl der gesammten Lohnkommission und fiel die Wahl auf die Herren Möhring, Schäfer, Fröhlich, Groß, Thielcke, Rilling, Eidelsberg, Täsche, Rogan. Letzterer wies mit Entschiedenheit die Verächtlichkeit, daß bei der letzten großen Abrechnung vom Mai 400 M. unterschlagen worden seien, zurück und beantragte, in dieser Angelegenheit eine Kommission von 3 Mitgliedern zu wählen, welche sämtliche Delinge noch einmal gründlich zu prüfen und einer Generalversammlung sodann Bericht zu erstatten habe. Dieser Antrag gelangte zur Annahme, eine Wahl jedoch erfolgte, so viel wir übersehen konnten, nicht. Die Streikenden der Lenschow u. Markert'schen und der Joseph'schen Fabrik sandten warme Vertreter und Befürworter, und faßte die Generalversammlung folgende Resolution: „Die heute 2. Versammlung erklärt sich mit den Lenschow u. Markert'schen und den Joseph'schen streikenden Arbeitern solidarisch und verpflichtet sich, dieselben moralisch und materiell mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“ Auch wurde die weitere Unterstützung von drei holländischen Schmittarbeitern beschlossen.

Die Central-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer, Filiale Berlin, hielt am Sonntag Nachmittag 3 Uhr in den Sälen der Gratweil'schen Bierhallen ihre ordentliche General-Versammlung ab. Zunächst erstattete Herr Seehaus Rassenbericht über das 4. Quartal: Die Einnahmen betragen, inkl. Kassenüberschuss vom 8. Quartal, 4101 Mark 88 Pf. und überstiegen dieselben sämtliche Ausgaben um 1695 M. 68 Pf., wovon 1000 M. der Hauptkasse übersandt und 695 M. 68 Pf. am Orte behalten wurden. Alsdann ersuchte der Bevollmächtigte die Versammlung, Vorschläge zur Wahl von mehreren Bezirkskassieren zu machen. Die Wahl fiel auf die Herren Wienbrack, Gramisch, Grad und Kiebel. Hierauf theilte Herr Döring im Namen der Kommission mit, daß das diesjährige Winterergänzen in Form eines Wiener Maskenballes am Sonnabend, den 7. Februar, in dem vorerwähnten Lokale des Herrn Niebig in der Großen Frankfurterstr. stattfindet, und ersuchte die Mitglieder, da das Lokal sowohl an der Ringbahn, wie an der Neuen Berliner Pferdeisenbahn läge, auch per Omnibus über Alexanderplatz oder Mollensmarkt bequem zu erreichen sei, sich möglichst zahlreich zu begeben. Alsdann gab Herr Döring einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle Berlin im verflommenen Halbjahr, bei welcher die Mitgliederzahl von 272 auf 1120 gestiegen sei und konstatarie, daß dieselbe trotz der Schwierigkeiten, welche den freien Kassen vielfach bereitet würden, glänzend denn je emporgehlaht sei und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die gedeihliche Fortentwicklung der Kasse, in welches die Versammlung dreimal kräftig einstimmt. Zu den großartigen Erfolgen, die der Strahburger und Köfner Männergesangverein hier errungen haben, ist noch das Verdienst, die Sänger Berlins aus ihrer Gleichgültigkeit gerüttelt zu haben, hinzuverrechnen. Man hat eingesehen, daß nur solche Chöre, wie vorgenannte, für die Oeffentlichkeit Bedeutung haben. Zweifellos hat auch Berlin Stimmmaterial ge-

nug, und doch nimmt es bei weitem nicht den Rang ein der Sängerewelt, der ihm gebührt, weil eben die Kräfte zu vertheilt sind in kleine „Vereine“, die so gut wie nicht zu deuten. Eine dankenswerthe Aufgabe ist es daher, dieselben möglichst zu größeren Chören zusammenzubringen, und darf annehmen, daß die Sache im besten Gang ist, da mehrere Vereinigungen dieser Art stattgefunden haben. Wir hören, ergreift hierzu ein weiterer Verein die Initiative indem er hiermit Sänger und Gesangsfreunde (passive Mitglieder) sowie ganze Vereine, sich ihm anzuschließen einladet. Dieser Verein tagt Mittwochs von 9—11 Uhr bei Behm'schen Alexandrinenstraße 32. Der Verein besteht seit 1860, er ist Sängerkreis wohl renommt, wie auch sein Dirigent tüchtig bekannt ist.

Eine Mitglieder-Versammlung des Fachvereins Kadler, Siebmayer und Berufsgen. Berlins findet Sonnabend 17. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale Arminhallen, Mandantenstr. 20 statt. T. O.: 1. Vorstandswahl. 2. verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Eine Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbefälle der Fabrik- und Handarbeiter (des Geschlechts) Dresden (östliche Verwaltung Berlin) findet Sonntag Vormittag 10 Uhr in Niesi's Salon, Kommandantenstr. 71/72 statt, mit der Tagesordnung: 1) Kassenbericht. 2) Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. 3) verschiedenes. Alle wahlberechtigten Mitglieder, welche 21. Lebensjahr überschritten haben, werden hierdurch aufgefordert, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Fachverein der Kohleger hielt am Sonntag Lokal von Wolf u. Krüger in der Skaligerstraße wieder Versammlung ab. Nachdem das Protokoll verlesen und Kassier's Rassenbericht erstattet worden war, hielt Herr Linder einen längeren Vortrag: „Reiseerzählungen aus Amerika.“ Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion, wurde eine Teilersammlung für die Wittve eines verstorbenen Kollegen veranstaltet, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Vermischtes.

Ueber unsere Vornamen hielt im Verein der sächsischen Staatsbeamten Herr Professor Dr. Gemthe, der Direktor des Wilhelmshyumniums zu Hamburg einen sehr interessanten Vortrag, dem der „Hamburgische Korrespondent“ folgende Notizen entnommen: Das Verständnis und der Gebrauch unserer Namen ist leider sehr in Verwirrung gerathen. Wir sehen z. B. nicht nur J. F. Meyer, sondern sprechen nun schon so. Daraus folgert sich die Gefahr, daß in nicht allzu langer Zeit die Familiennamen völlig überwiegen werden — und sind es erst 360 Jahre, seitdem es durch das Anwachsen der Bevölkerung notwendig wurde, die Vornamen durch Hinzufügen eines Familiennamens im Interesse einer besseren Unterscheidung zu ergänzen. Die Familiennamen wurden ursprünglich vom Vater genommen, so z. B. daß mit Ludolffsen, Mathähil, Ludovici die Söhne des Ludolf, Mathias, bezeichnet wurden; sodann auch von dem Wohnort treffenden, wie in Konrad auf der Mauer, Arnold am Stein, Heinrich Thormählen (=mühlen), Kellinghusen (hausum) ferner von der Landschaft, aus welcher der Einzelne gebürtig von seinem Stand, seinem Beruf, den Wochentagen, Langbein, Krummbein, Ungnad, Wohlwill, Eßigern, Supus, Hofenstoy, Bimpernelle und tausend andere erwehren sich kein Recht erwerben kann, falls er nicht bei den zuständigen Behörden um eine offizielle Anerkennung oder Vertauschung seines Namens einkommen will. aber ist es mit den Vornamen, für welche die Kinder Eltern verantwortlich machen können und die darum nicht umhin können, Umsticht und Vorsicht gewählt werden sollten. die alten Griechen und Römer, und selbst die Sinesen nehmen Bedacht darauf, ihren Kindern mit der Lage eines Vornamens gleichsam einen Schmutz mit zu vererben, wie bei den alten Germanen für ein Fest und dem, der den verliehen durfte, widerfuhr eine hohe Ehre, für die er sich Geschenke, aus denen sich die jetzige Sitte der Patronage entwickelte, erkenntlich zu zeigen pflegte. Der Vortrag sprach nun über die Bedeutung der altheutschen Vornamen von denen wir jetzt noch etwa 7000 verschiedene kennen, aber fast alle für den modernen Gebrauch wie leider so aus unserer alten Sprache und Sitte verloren gegangen. Schuld daran hat hauptsächlich die römische Kirche, die im 13. Jahrhundert durch den gesteigerten Verkehr der Familienamen sich immer mehr einbürgerte, die Namen und Können dazu zwang, lateinische Namen anzunehmen; lateinische Vornamen galten als geachtet, Deutsche als Teufelwerk; später haben ja auch die diesen Glaubenssinn so weit getrieben, daß sie sprache und Balmansänge als Vornamen beilegte. so weit, daß sich gute deutsche Familien nach dem hebraische, britische, afrlanische, griechische Namen ohne ihre Bedeutung zu kennen so z. B. ohne zu wissen Chatharina, die Reine; Eulalia, die Wohlredende; Agathe, Männerlangende; Theresia, die Jägerin; Sophie, die Weisheit; Eusebius, Keberacht; Barbara (Barbe), die Ursula, das Mädchen; Margarethe, die Perle; Paula, die Mord; der Sohn eines Naumen; Portia — die Schmeichelei. Die Gelehrten legten sich griechische und lateinische Kriegerleute alte Helden- und die Weltmänner framen Namen bei; durch diese unverständliche Sitte ist denn heutiges Vornamenregister mit laßtischen, keltischen und wie in Olga und Wanda mit slavischen Lauten überfüllt worden. Dazu kommen dann — um das Raubermühen zu machen — die in letzter Zeit üblich gewordenen Namen aus den beliebtesten Opern. Romanen und wie die unabhigen „Gretchen“, „Häsel“ u. s. w. Soll es so bleiben? — „Mögen“, so schlägt der Redner Fremden, die unter uns weilen, ihre Kinder ruhig Johannes, Genet, Ines u. s. w. taufen, für deutsche Kinder deutsche Namen und taufen, die sinnvoll, schön und würden wir und wahrlich nicht zu schämen haben!

Literarisches.

Für jede Jahreszeit Unterhaltung, Anregung sowie Anleitung zur nützlichen Beschäftigung für Kinder Alles zu bieten, das ist eine dankenswerthe aber auch rige Aufgabe und doch ist diese gelöst durch eine in Jahren alle vierzehn Tage erscheinende Zeitschrift im Ausstattung, die in allen Familien, wo sie gänzlich men worden, Nutzen stiftet. Dieselbe bringt regelmäßig charakteristischen Bildern aus der Naturgeschichte und interessanten Erzählungen für die Jugend, die höchste Anregung zum Spiel im Freien und im Raum gelassen. Durch Wort und Bild bietet sie für Knaben und Mädchen Anleitung zu Arbeiten, soweit sie von Kindern ausführbar sind und nützlich nant werden können und selbe sind so gewählt, daß der Jahreszeit anpassen. Die Zeitschrift führt den Jugend Spiel und Beschäftigung.“ Das kostet 1.50 M., Bestellungen nimmt jede Buchhandlung Postanfall an. Die Zeitschrift Lehrrmittel-Anstalt Dölar Schneider in Leipzig sendet Probe-Nummern gratis, worauf wir Eltern und Lehrer besonders machen wollen.

Ueber... bringt die... des Herrn... regung in... Umständen... vortheilhaft... Abend um... (Gleichen... — gerade... vom Dienst... Todesbüchel... breite, nur... am liebhaft... all machen... ihre letzten... diese Zeit... Wünschen... chen holen... und für den... Geschäftsleu... Vereine, B... diese Zeit... während des... in welchem... (Gännerweg... Dr. Kumpff... auebundert... Nord auf... Umständen... verübt, und... 9 Uhr wird... mächden er... Vorgarten... stoben. In... erst um halb... der Wöcker... Ueber diese... die erste... Vermählung... um dieselbe... Kumpff, wid... merkt haben... schanden. ... Kumpff bebr... Nientats... aus mitzethe... Säyrmakere... mann des W... tigen Weise... Sach erlager... jetzt, als a... Polizei-Br... nicht unbed... der Unterri... des Ermorde... wohnt, er v... Bluthische... aufgegeben... haffe Thätig... wußtäre zum... täglich ihrer... Haus von M... trachten. D... Gringste ve... unter Publi... durchsucht, a... Die „Po... in dem u. A... verrechtsprof... vor dem Reie... anarthischen... war wesentl... um zu seinem... lleicht Namer... gleiche Meinung... Benugung die... Beiziger Rel... es einmal de... wirldigkeit h... ob das A... den rechtst... vor den Rich... Hof.“ Schon... Attentates g... für unwahr... der und Geno... mußte aber... es sei schon... Reden über... Horsch auch... Kumpff ins G... In dem Urb... „Das ein M... schlossen gem... dagegen ist s... dazu dienen... Abgeantem i... Nagen wurde... urtheit, die i... lange nach d...

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 13.

Freitag den 16 Januar 1885.

II. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Ueber die Ermordung des Polizeirath's Dr. Kumpff bringt die „Frankf. Zig.“ folgenden Artikel:

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Ermordung des Herrn Dr. Kumpff eine ungeheure und sámerliche Aufregung in unserer Stadt hervorgerufen hat. So wenig náhere Umstände úber die graufige That auch bekannt sind, so auferordentlich erscheint doch der Fall. Herr Kumpff verließ gestern Abend um etwa halb 8 Uhr sein Bureau im Polizeiprésidium (Clesern Hof) und ging — gegen seine sonstige Gewohnheit — geradezu nach Hause. Um 8 Uhr etwa wurde er bereits vom Dienstmádchen hart vor seiner Wohnung im letzten Todesstúcke gefunden. Allerdings ist im Sachsenlager, eine breite, nur dünn bewohnte Straße, der Verkehr wenig lebhaft; am lebhaftesten aber in der Zeit von 7—8 Uhr. Wie úberall machen die Briefträger und Zeitungsträger in dieser Zeit ihre letzten Besúhungen. Die Messer gehen gewöhnlich um diese Zeit von Haus zu Haus, um die Hausfrauen nach ihren Wánschen für den folgenden Tag zu fragen. Die Dienstmádchen holen aus den Spúrrádlen, was noch für das Nachtléhen und für den nächsten Morgen gebraucht wird. Die Beamten und Geschäftsleute kommen nach Hause, Herren und Damen eilen in die Vereine, Versammlungen, Kránzchen u. s. w., gerade um diese Zeit sind meistens mehr Leute auf der Straße, als sonst während des ganzen Tages. Das Sachsenlager mündet dazu in zwei um die frúhliche Zeit mindestens ebenso belebte Straßen (Gármeyweg und Grünburgweg); das Haus, in welchem Herr Dr. Kumpff wohnte, liegt von dem dreien Gármeyweg etwa zwei Hundert Schritte entfernt. Und unter all diesen für einen Mord auf der Straße hóchst ungünstigen und gefáhrlichen Umständen — wie man meinen sollte — wird das Verbrechen verúbt, und Niemand sieht, Niemand hórt etwas, ja noch um 9 Uhr wird in dem gegenüber liegenden Hause vom Dienstmádchen erzählt, Herr Polizeirath Kumpff habe, als er seinen Vorkarren betreten, einen Schlaganfall erlitten und sei gestorben. In diesem gegenüber liegenden Hause erfahrt man erst um halb 12 Uhr, daß der Mord stattgefunden. Wer ist der Mörder? Aus welchen Grúnden ist der Mord geschehen? Ueber diese Frage wird heute úberall lebhaft verhandelt. Ueber die erste Frage haben wir bis jetzt auch nicht einmal eine Vermuthung aussprechen hóren. Ein Polizeibeamter, der etwa um dieselbe Zeit das Polizei-Présidium verließ, wie Herr Dr. Kumpff, wú in der Náhe des Clesern Hof's drei Mánner bemerkt haben, die ihm auch scheinbar folgten und dann verschwanden. Seit langer Zeit gingen Gerúchte um, daß Dr. Kumpff bedroht sei und er sich in jedem Augenblicke eines Attentats auf ihn gewártigen kónne. Diese Gerúchte sind ihm auch mitgetheilt worden, und man hat ihm wiederholt geróthen, Schutzmaßregeln zu treffen, sich namentlich von einem Schutzmann des Abends beim Gehen zu lassen. Aber in fast heftiger Weise wies er alle Rathschláge ab. Trotzdem war das Sachsenlager während der Nacht von Schutzleuten stárker besúzt, als andere Straßen, wáhrscheinlich auf Anordnung des Polizei-Présidiums, welchem die erwáhnten Gerúchte jedenfalls nicht unbekannt geblieben sind. Gestern Morgen begab sich der Untersuchungsrichter Herr Dr. Fabricius in die Verhólung des Ermordeten, um den Thatsachbestand festzustellen und die Bewóhner zu vernehmen. Eine mit einem Breite bedeckte kleine Bluthise vor dem Hause bezeichnet den Ort, wo er seinen Geist aufgegeben. Die Polizei entwickelt seit vorzeitigem eine scharfe Thátigkeit. Noch in der Nacht wurden die Polizeikommissare zum Présidenten beschieden und ihnen Weisungen bezüglich ihrer Nachforschungen gegeben. Fortgesetzt wird das Haus von Revolverigen belagert, welche sich den Thator betrachten. Die Polizei láßt úber ihre Maßnahmen nicht das Gerínigste verlauten. Noch am vorgestrigen Abend wurden unter Aufsichtnahme von Patern die benachbarten Gártendurchsucht, allein ohne jedes Resultat.

Die „Post-Zig.“ bringt ebenfalls einen lángeren Artikel, in dem u. A. bemerkt wird: „Man erinnert sich des Hochverratsprozesses, der Ende 1881 gegen Breuder und Genossen vor dem Reichsgericht verhandelt wurde; die Entdeckung der anararchistischen Verbindungen, die dabei zur Aburtheilung kamen, war wesentlich das Werk Kumpff's gewesen, der sich dabei, um zu seinem Ziele zu gelangen, einer freigewárdigen Persönlichkeit Namens Horsch als Agenten bedient hatte. Die öffentliche Meinung war damals der Ansicht, daß Kumpff in der Benutzung dieses Spions zu weit gegangen sei, und auch das Leipziger Reichsgericht neigte denselben einigermaßen zu, indem es einmal dem als Zeugen auftretenden Horsch die Glaubwürdigkeit absprach und ferner in seinem Urtheil aussprach: ob das Thun dieses Horsch sich aus ethischen Grúnden rechtfertigen láßt, oder ob es sich verbietet, das gehórt vor den Richterstuhl der Moral, nicht vor diesen Gerichtshof.“ Schon in jenem Prozesse spielte der Plan eines Attentates gegen Kumpff eine Rolle. Horsch erklärte es zwar für unmóglich, daß er durch Beschimpfung des Kumpff die Breuder und Genossen zu einem solchen Attentat provozirt habe, mußte aber spáter auf Vorhalten des Présidenten eingestehen, es sei schon móglich, daß er die Angeklagten durch gekárfte Reden úber den Polizeirath gereizt habe. Bekanntlich war Horsch auch an der Verúffentlichung von Chemikalien, die Herrn Kumpff ins Gesicht gespritzt werden sollten, persönlich theilhaftig. In dem Urtheil des Reichsgerichts hieß es úber diesen Punkt: „Daß ein Attentat auf Polizeirath Dr. Kumpff bereits beschlossen gewesen ist, hált der Gerichtshof nicht für erwiesen; dagegen ist für erwiesen erachtet worden, daß die Chemikalien dazu dienen sollten, dem Polizeirath Kumpff und anderen Polizeibeamten in die Augen gespritzt zu werden.“ Die Angeklagten wurden damals zu 2-jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, die inzwischen verúbt worden ist; Horsch stand nicht lange nach der Verúchtung des Prozesses.“

In einem zweiten ausführlichen Artikel úber die Mordthat, kommt die „Frankf. Zig.“ zu folgender Schlußfolgerung: „Weder sind ja anararchistische Attentate gegen Leben und Eigenthum auch auf deutschem Boden nichts Unbekanntes mehr. . . Der Niederwaldprozeß in Leipzig hat klar dargelegt, daß das anararchistische Verbrechen eine politische That ist, nicht das, was man úber seine Entscheidung und Natur denken, wie man will, seine Thaten keiner Partei als solcher zur Last zu legen sind. Háte man sich, dem berechtigten Affekte, den ein so abscheulicher Mord hervorruft, die Fúgel schießen zu lássen, und vor allen Dingen verleihe man so feiger Frevelthat nicht den Schein einer politischen Aktion. So unerhórt die That sein mag, sie ist und bleibt ein gemeines Verbrechen und ein Mord, und úber diesen Charakter nehmen können.“

Mannheim, 14. Januar. In Folge der aus Frankfurt úberher gelangten Nachricht úber die Ermordung des Polizeirath's Kumpff ist die hiesige Polizei in vollster Thátigkeit. Sámmtliche in der Náhe von Frankfurt hier einlaufenden Wagen werden bei der Einfahrt sofort von Polizeibeamten umstellt und die Wagen einzeln von einem Kommissár revidirt, die Reisenden aufs Beilichste verhört. Es sollen meißtenteils

Verhaftungen solcher Personen vorgenommen worden sein, deren Verúthungen nicht für genúgend betrachtet wurden.

Stuttgart, 10. Januar. Der in Múhlhausen verhaftete Anararchist Karovsky, in dem man den letzten Komplizen in den Straßburger und Stuttgarter Mordtaten gefunden zu haben glaubte, mußte nach genúgender Beweise wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Laut der „Neuezeitung“ wird Karovsky, der sich auch zum Nihilismus bekennt, der Theilnahme an einem nihilistischen Verbrechen verdáchtigt, seitens der russischen Regierung gesucht.

Die dritte Session der 15. Legislaturperiode des preuß. Landtages wurde heute Mittag von dem Minister des Innern, v. Puttkammer, mit dem Verlesen folgender Thronrede eróffnet:

Glaube, edle und geehrte Herren!
von beiden Háusern des Landtages!
Seine Majestát der Kaiser und König haben mich mit der Eróffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen gerúht.

Die Finanzlage des Staates ist an sich eine befriedigende. Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr hat bei fast allen wichtigen Einnahmequellen, namentlich auch wiederum bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen, günstige Resultate und insgesamt einen Ueberschuß von mehr als 20 Millionen Mark ergeben, welcher genúgend die gesetzlichen Bestimmungen úber die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung bis auf einen geringen verúgbaren gebliebenen Betrag zur Tilgung der Staatseisenbahn-Kapitalschuld zu verwenden gewesen ist. Auch das laufende Jahr láßt nach den bisherigen Wahrnehmungen einen günstigen Abschluß hóffen und einen zu gleicher Verwendung kommenden Verwaltungsüberschuß erwarten. Dementsprechend sind die Einnahmen für das nächste Jahr erfreulicher Weise wiederum in dem Maße hóher zu veranschlagen, daß sie zur vollen Deckung des in der bisherigen Weise streng geúßten, aber nirgends unwirtschaftlich beschránkten Ausgabebedarfs hinreichen wúrdén, wenn dem letzten nicht eine Erhöhung des Natulularbeitrages für das Reich um mehr als 24 Millionen Mark hinzutráte. — Schon seit lángerer Zeit weist eine Reihe großer und anders als mit neuen Einnahmen vom Reich nicht zu bestreidender Bedürfnisse, namentlich die dringend wúnschenswerthe Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schúllasten, wie die Verbesserung der Beamtenbesoldungen, auf die Nothwendigkeit der Eróffnung neuer Einnahmequellen des Reiches hin. Der inzwischen hervorgetretene eigene Mehrebedarf des Reiches giebt eine neue Mahnung hierzu, welche, so hofft die Staatsregierung, bald allseitig beachtet werden und in naher Zeit wieder zu einer Erháhung unseres Natulularbeitrages auf die für das laufende Jahr festgestellte Summe fúhren wird. Inzwischen muß von der hóheren Bedarfssumme ausgegangen werden und, wenn auch ein Theil derselben noch in dem ordentlichen Einnahmen des Staates Deckung finden kann, in der Hauptache zur Deckung derselben eine auferordentliche Einnahme in Aussicht genommen werden. Die demgemáß aufgestellten Entwúrfe des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur entsprechenden Ergáhnung der nächstjáhrigen Einnahmen des Staates werden Ihnen abhald vorgelegt. Der durch die Gesetzgebung des Reiches herbeigefúhrte Aufschwung der Gewerbethátigkeit macht sich in einer allmáligen fortschreitenden Entwicklung des Volkswohlfandes bemerkbar. Nur die landwirtschaftliche Bevólkerung entbehrt bisher des ihr gebührenden Antheils an den Wohlthaten dieser Entwicklung. Trotz der im Ganzen gesegneten Ernte láßt ein Druck auf der Landwirtschaft. Wegen úber den gestiegenen Produktionskosten und den erhóhten öffentlichen Lasten, welche auf diesem wichtigen Gewerbezweige ruhen, ist eine denselben entsprechende Steigerung der Preise der hauptzáhlichsten Erzeugnisse nicht eingetreten, dieselben stehen vielmehr niedriger wie seit vielen Jahren. Der Absatz im Bereiche der landwirtschaftlichen technischen Nebengewerbe stódt und es ánd die Preise für Zucker und Spiritus auf ein Niveau herabgesunken, welches den Betrieb nicht nur nicht mehr lohnend, sondern verlustbringend macht. Es wird ein Gegenstand unausgesegelter Fürsorge der Regierung Seiner Majestát sein, so viel an ihr ist, die Ursachen dieser schweren Krisis aufzukláren und durch ihre Maßnahmen nach Móglichkeit Abhúlle zu erstreben. Die in der letzten Session nicht erledigten Gesetzentwürfe zur Umgestaltung der direkten persönlichen Steuern und Einführung einer Kapitalrentensteuer sind unter sorgfáltiger Führung der bei ihrer Vorberathung im Landtage hervorgetretenen Bedenken und Abánderungsvorschläge zum Theil anderweitig redigirt worden und werden Ihnen von Neuem vorgelegt werden mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß die damit vor Allem beabsichtigten baldigen weiteren Verfertigungen der wenig begúrteten Bevólkerungsklassen von dem Drucke der direkten Steuer nicht minder wie die sonstigen steuerpolitischen Ziele derselben nennbar erreicht werden mógen. Behufs erhóhter Nutzbarkeit des mit gedeihlichem Erfolge duragéführten Staatseisenbahn-Systems hat die Regierung auf den Erwerb einiger weiterer Privatseisenbahnen für den Staat Bedacht genommen, als das zweckmáßigste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten, welche die besonderen Verhältnisse der betreffenden Gesellschaften zum Staate der wúnschenswerthen Vereinfachung der Verwaltung entgegenstellen. Die vereinbarten Verträge werden Ihnen vorgelegt und wegen Verwendung der durch den Abschluß derselben bereitstehenden Mittel für die Ausführung von Restorationsarbeiten Vorschläge gemacht werden. Die Verbesserung der vaterlándischen Wasserstraßen schreitet erfolgreich fort und wird in planmáßiger Weise ihrem Abschlusse entgegengefúhrt. — Nachdem in der vorigen Session des Landtages unter Ihrer Mitwirkung für die Provinz Hannover eine Kreis- und Provinzialordnung auf der Grundlage der neuen Verwaltungs-Gesetzgebung zu Stande gekommen und damit der erste Schritt zur Uebertragung der letzteren auf die Provinzen, in denen sie noch fehlen, geschehen ist, erscheint die weitere Durchführung der Reform der inneren Verwaltung als eine wichtige gesetzgeberische Aufgabe. Von denjenigen Provinzen, welche hier in Frage kommen, ist die Provinz Hessen-Nassau wegen der Verschiedenheit ihrer kommunalen und Verwaltungs-Einrichtungen sowohl in der Provinz selbst, wie auch gegenüber den úbrigen Theilen der Monarchie einer Reorganisation am dringendsten bedúrfstig. Es werden Ihnen daher, um dieselbe herbeizufúhren, Entwúrfe einer neuen Kreis- und Provinzialordnung für diese Provinz vorgelegt werden. Es werden Ihnen ferner Gesetzentwürfe vorgelegt, durch welche die bewáhrten Grundsätze der allpreußischen Gesetzgebung úber die wirtschaftliche Zusammenlegung der in vermengter Lage befindlichen Grundstücke auf das Geltungsgebiet des rheinischen Rechts und auf die hohenzollernschen Lande unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Landestheile auszudehnt werden sollen. — Meine Herren! Indem ich Sie im Namen Sr. Majestát beglúcke, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen und gebe

mir namens der Staatsregierung der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, die gewichtigen Aufgaben dieser neuen Session unter Ihrer patriotischen Mitwirkung einer gedúchlichen Erledigung entgegenzufúhren. — Im Auftrage Sr. Majestát des Kaisers und Königs erkláre ich den Landtag der Monarchie für eróffnet.

Zu der Thronrede bemerkt die „Post-Zig.“: „Daß das Defizit mehr als 20 Millionen Mark betragen wúrdé, war schon seit einiger Zeit bekannt, und auch der Ursprung desselben, die Erhöhung der Natulularbeiträge für das Reich, konnte nicht verborgen bleiben. Da eine Deckung des Mehrebedarfs durch neue Einnahmen des Reichs, die von der Staatsregierung für die Zukunft erhóft werden, für das nächste Staatsjahr nicht zu erwarten ist, muß eine Anleihe ausbehalten. Der „Druck auf der Landwirtschaft“ spúßt wie im Reiche so auch in Preußen eine Rolle. Nur so erklárt es sich, daß die heutige Thronrede auf die Zucker- und Spirituskrisis eingeht, der nach Móglichkeit abzuhelfen zunächst Sorge der Organe des Reichs ist. Dem Streite, obwórtlich die fúhrenden Steuer-Gesetzentwürfe wieder vorgelegt werden sollen, ist durch die obige Ankündigung derselben ein Ende gemacht; ebenso kann die in Aussicht gestellte Erwerbung einiger weiterer Privatbahnen, mit denen die Verträge bereits abgeschlossen sind, nicht úberraschen. Die Weiterfúhrung der Verwaltungs-Gesetzgebung scheint für die nächste Session nicht úber Hessen-Nassau hinauszúdrúcken zu sollen. Der betreffende Gesetzentwurf unterliegt bekanntlich gegenwärtig der Verabhandlung des Staatsraths, der sich wórtlich auch noch mit den vom rheinischen Provinziallandtage bereits vorgeberathenen Gesetzen úber Hypothekenswesen und Konsolidation im Bereiche des fránzósischen Rechts und in Hohenzollern beschäftigt wird. Damit ist das von der Thronrede angekúndigte Programm für die heute eróffnete Landtagssession erschópfert. Daß der kirchenpolitischen Lage nicht mit einer Silbe Erwáhnung geschehen ist, ist vielleicht das Bedeutsamste an der ganzen Rede.“

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 15. Januar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes Fürst v. Bismarck, v. Schelling, Geh. Rath Lohmann und Hoffe.

Der Abg. Delbrück zeigt seine Ernennung zum außerordentlichen Professor an; die Geschäftsordnungskommission wird prüfen, ob in Folge dessen sein Mandat erloschen ist.

Auf Grund der Anträge der Abgg. Lehmann, Grillenberg und Bierl werden die gegen die Abg. Auer, Uebel, Diez, Frohme, Bierck und v. Bollmar schwebenden Strafsverfahren für die Dauer der Session sistirt.

Darauf wird die gestern abgebrochene Verabhandlung úber die sozialpolitischen Anträge der Abgg. v. Hertling, Vohren, Kropatschek, Wuhl und Siedler fortgesetzt.

Abg. Baumbach: Ich will nur kurz die Stellung meiner Partei zu den vorliegenden Fragen charakterisiren und zugleich den Wunsch aussprechen, daß auch die Vertreter der Regierung und ihren Standpunkt klar legen, schon damit wir wissen, ob der Reichskanzler noch heute seine frühere Stellung zu diesen Dingen inne hat; damals verhielt er sich zum Normalarbeitstag wesentlich ablehnend. Innerhalb meiner Partei ist eine Aenderung ihrer Anschauungen nicht eingetreten. Von jeher hat gerade die Fragen des Arbeiterschutzes im engeren Sinne zur Sprache gebracht, aber unsere Anträge wurden bisher vom Bundesrathe nicht berúcksichtigt. Diese Anträge auf Arbeiterschutz gingen also gerade aus dem Reiche des vielbescholteneften, als heillos geltenden Manchesterthums hervor, eine Partei, von der man immerhin bei Wahl-agitationen, aber nicht hier im Hause Gebrauch machen móge. Wir halten an unseren Anschauungen fest; wir sind noch heute gegen die Einführung der Arbeitsbücher, verwerfen jedes System polizeilicher Bevormundung und wollen staatliche Húlfestrukturen, staatliche Gesetzgebung nur so weit eintreten lassen, als die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht. Zugleich belámpfen wir den Verthum, als sei es durch Gewerbegesetzgebung móglich, neue Lebensverhältnisse zu schaffen. Sie soll die vorhandenen regeln, nicht neue schaffen. Die modernen Verkehresverhältnisse lassen sich nicht in enge Gesetzesparagrafen einzwángen; das zeigt z. B. der fehlgeschlagene Versuch, in der Provinz Sachsen die puritanische Sonntagsheiligung einzufúhren. Im úbrigen stehen wir den vorliegenden Anträgen keineswegs prinzipiell ablehnend gegenüber; wir wúnschen ihre kommissarische Verabhandlung, obwohl der Hertling'sche wegen seiner Unbestimmtheit, allgemeinen Fassung keine rechte Basis für politische Verhandlungen bietet. Ich bedauere, daß nicht zugleich mit ihm auch das in Aussicht gestellte sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetz vorliegt, und wúnsche, daß die Herren sich mit ihrer Arbeit etwas beilehen. Freilich werden sie auch hier die Erfahrung machen, daß es leichter ist solche Fragen agitatorisch, als legislativisch zu behandeln. Die Kommission wird darauf zu sehen haben, daß sie in ihrem Bestreben, für die Wohlfahrt der Arbeiter zu sorgen, nicht zu Resultaten komme, die das Gegentheil sind, und die zu einer erheblichen Beschránkung der freien Bewegung im Gewerbeverkehr fúhren. Die Fragen sind nicht so einfach zu regeln, wie es den Anschein hat. Die gewiß der Humanitát entsprechenden Vorschläge, z. B. daß für jugendliche Arbeiter stets eine Anzahl tágliger Arbeitspausen eintreten, während welcher sie die Fabrik verlassen müssen, hat in der Praxis manche Unzutráglichkeiten im Gefolge gehabt. Denken Sie an die ungnústige Witterung zur Winterzeit, wo die jugendlichen Arbeiter besser in der Fabrik als außerhalb aufgehoben sind, an die Verhältnisse in Großstädten, wo die Arbeitspausen lediglich zum Besuch von Schánklokalen benúgt werden und so nach dem Verlaß der Fabrikinspektoren der Enstiltung der jugendlichen Arbeiter Vorschub leisten und ihrer körperlichen Entwicklung schádlicher sind, als die Fabrikarbeit. Daß die Frauarbeit in neuerer Zeit sehr zugenommen habe, muß ich bestreiten, eher ist das Gegentheil der Fall. Den Konservativseits gemachten Vorschlag, die Hausindustrie gegenüber der Fabrikarbeit zu fördern, halte ich für bedenklich. In den Fabriken ist viel mehr Gelegenheit, einen wirksamen Arbeiterschutz auszubilden, als in den Wohnungen. Die Sonntagfrage ist ferner nicht allein vom christlich-religiösen Standpunkte zu behandeln, sondern wesentlich von dem Gesichtspunkte, daß der Arbeiter am Sonntag der Erholung bedarf, um nachher mit mehr Freude und Eifer arbeiten zu können. Die Frage müßte aber nicht für die Fabrikarbeiter allein, sondern, wenn überhaupt, dann für alle gewerblichen und sonstigen Arbeiter werden. Ein Normalarbeitstag ferner wird von den Antragstellern selbst nicht verlangt, sondern nur ein Maximalarbeits-tag. Nur der letztere ist auch úberhaupt diskutabel. Ein Normalarbeitstag wáre nur móglich Hand in Hand mit einem Normalarbeitslohn, und dieser wieder nur, wenn man auch

einen Normalarbeitsmenschen einführen könnte, den es natürlich nicht giebt. Aber auch der Maximalarbeitsstag bietet sehr erhebliche Schwierigkeiten; er wird sich besonders in Zeiten, wo viel Arbeit in einzelnen Industriezweigen ist, wie z. B. um die Weihnachtzeit, schwer durchführen lassen. Ich hoffe, daß die Kommission bei ihren Beratungen vor allem den eigentlichen Arbeiterschutz, den Schutz gegen Krankheit und Unfall im Auge behalten wird. Die Unfallversicherung ist viel wichtiger, wie die Unfallversicherung. Ich wünsche, daß es den Arbeitern der Kommission gelingen möge, den sozialen Frieden zu fördern; ich wünsche aber auch, daß diese arbeiterfreundliche Stimmung, welche die Herren auf der Rechten und die Nationalliberalen heute zeigen, auch dauerhaft sei; daß sie namentlich dann hervortreten möge, wenn wir uns demnächst mit der Frage der Erhöhung der Getreidezölle zu beschäftigen haben werden. (Sehr gut! links.) Es ist eigentümlich, daß während wir uns hier mit arbeiterfreundlichen Vorschlägen beschäftigen, der andere Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat, über Erhöhung der Getreidezölle berät, welche für die Arbeiter gewiß sehr bedeutungsvoll ist, aber nicht im freundlichen Sinne. Wir wünschen also die kommissarische Beratung der Anträge; wahren uns aber dabei ausdrücklich den Standpunkt, daß wir die Legislation nur da eintreten lassen wollen, wo die Kräfte des Einzelnen ungenügend sind; daß wir keine polizeiliche Bevormundung und keine gewaltsame Einschränkung der Entwicklung des gewerblichen Lebens wollen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich halte nicht geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Getreidezölle von dem Herrn Vorredner in die Diskussion gezogen und in der Art und Weise gekennzeichnet werden würde, wie es am Schluß seiner Rede geschah. Ich habe ihm darauf nur in kurzen Worten geantwortet, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie Ihnen Vorlagen wegen Erhöhung der Getreidezölle machen, dabei eben von den arbeiterfreundlichen Besinnungen, von denen sie befehlet sind, geleitet werden. Diese Vorlagen sind gemacht, einmal im Interesse der Arbeiter, die bei der Landwirtschaft tätig sind und die vom Gedeihen derselben abhängig sind — ich glaube, daß in keinem einzigen Gewerbe mehr Arbeiter beheimatet sind, als in der Landwirtschaft —, dann aber auch im Interesse aller Geschäfte, die überhaupt Arbeit und Brot geben; sie alle werden gebeten. Es ist ein altes Sprichwort: Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Reiten Sie die Landwirtschaft vor Dürftigkeit, vor der Nothwendigkeit, ihre Rentenität, ihre Arbeiterschaft zu vermindern und immer mehr Arbeiter nach den Städten hineinzujagen, die auf dem Lande ihr Brot nicht finden können, weil es nicht mehr lohnt, die Landwirtschaft in dem Umfange zu betreiben, wie bisher; erhalten Sie den Landwirthen und dem großen Grundbesitz, also der Majorität — ich meine nicht den Großgrundbesitz, sondern die große Masse des Grundbesitzes, den bäuerlichen sowohl wie den ausgedehnten — die Kaufkraft, von der allein die übrigen Arbeiter leben, und Sie werden die ganze Industrie und die ganze Arbeiterbevölkerung dadurch unterstützen und ihr Gelegenheit zu dauerndem Verdienste geben. Thun Sie das Gegentheil — wie der Herr Vorredner es zu meinem Bedauern am Schluß seiner Rede gethan hat, die sonst viel Ansprechendes für mich hatte —, lassen Sie es von der Seite auf, so kommen Sie dahin, durch Beratung der Landwirtschaft die Industrie zu schwächen, weil ihr die Abnehmer fehlen. Wird die Industrie geschwächt, so ist der erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, sticht oder ausgeschaltet wird. Es giebt keine größere Kalamität für die Arbeiter, als den Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein auf welche Weise man will. Ich bin mit dem Herrn Vorredner über die Unmöglichkeit eines Normalarbeitstages ganz einverstanden. Ich will darauf nicht eingehen, weil ich wiederholen möchte, was der Herr Abg. Dr. Buhl gestern gesagt hat. Was der Herr Vorredner, ehe er auf die Forderungen seiner Partei über Getreidezölle getritt, auch seinerseits gesagt hat, das will ich nicht hier wiederholen, sondern nur in kurzen Sätzen zusammenfassen. Ein Maximalarbeitsstag hat die Gefahr, daß nun ein jeder Arbeitgeber sich berechtigt hält, bis auf das Maximum herauszugehen, auch der, welcher es früher nicht gethan. Wenn es heißt: 14 Stunden — was ich für einen ungeheuerlichen Arbeitsstag und für unzulässig halte — dürfen nicht überschritten werden, so wird auch der Arbeitgeber, der bisher nur 10 oder 12 Stunden arbeiten ließ, sich sagen: bis 14 Stunden kann ich gesetzlich gehen! Davin liegt die Gefahr für eine Maximalbestimmung. Ein Normalarbeitsstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswert. Ich empfinde nicht das Bedürfnis zu helfen, wenn er den Arbeiter gegen den Schluß des Arbeitstages müde und ruhebedürftig nach Hause kommen läßt, wenn er ihm mühselig, unter der Zumuthung von Ueberstunden erbittert darüber findet, daß ihm die Ruhe nicht gestattet ist, die ihm lieber wäre als das Geld, was er für die Ueberstunden noch verdient, — der möchte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Nothlage herauszuhelfen. Wie dies aber gemacht werden soll, — ja, da hoffe ich, daß, wenn es dahin kommt, daß die Regierung sich mit den Arbeitern beschäftigt, die Herren, welche den Antrag auf Normalarbeitsstag gestellt haben, auch ihrerseits die Leitung der Thätigkeit der Regierung dabei übernehmen werden; denn die Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, wissen offenbar ein Mittel, wie es zu machen sei (Weiterkeit); sonst würden sie den Antrag doch nicht gestellt haben. (Weiterkeit.) Sie würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen thun, wenn sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher aussprechen und die Weisheit, in deren Besitz sie bisher sind und in deren Besitz sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mittheilen wollten, damit wir uns danach richten könnten. Wir würden sehr dankbar sein. Bisher flohen wir uns immer an dem ersten Satz. Den will ich kurz nur resumiren, und zwar dahin, daß ein Normalarbeitsstag nothwendig einen Normallohn bedingt; sonst laufen wir Gefahr, daß, wenn Sie den Arbeitstag um durchschnittlich 20 pCt. heruntersetzen, der Lohnsatz unauffhaltsam, ohne daß die Regierung es hindern kann, allmählich oder schnell ebenfalls um 20 pCt. fällt. Wer soll nun diesen Ausfall tragen? wer ersetzt das? Wollen Sie das aus Staatsmitteln dem Arbeiter ersetzen, was er durch Lohnverminderung erleidet? Der Arbeiter hat in den meisten Fällen jetzt gerade so viel, wie er bei seinen Bedürfnissen braucht; sinkt der Lohn, so hat er weniger. Also das muß ihm auf irgend eine Weise ersetzt werden. Wollen Sie es dem Arbeiter aufzulegen, wie ich aus dem Tenor der Rede des Herrn von Hertling schätze, so ist es möglich, daß eine Anzahl Industrien das tragen können, ob sie es tragen wollen, ob sie sich nicht zurückziehen, oder nicht dadurch, wie ich vorhin sagte, der Tod der eierlegenden Henne eintritt, die Arbeit absolut aufhört, und der Arbeiter gar keine Arbeit mehr findet, — das ist eine Frage, die kann durch Enquetes ermittelt werden, und ich bin gegen keine Enquete. Gegenwärtigen Sie sich doch, daß sich im Augenblick in der Umgebung von Paris Heilungsnachrichten nach 300 000 drohlöse Arbeiter konzentriren, weil die französische Industrie sich nicht mehr in der Lage befindet, sie zu beschäftigen. Könnte es mit irgendwelchem Gewinn geschehen — daß sich irgend ein Fabrikant aufsofort und mit Verlust arbeitet, das erwarten Sie doch wohl selber nicht —, könnte also die Industrie in Paris und in Frankreich mit Gewinn betrieben werden, so würden diese 300 000 Leute Arbeit haben, sie würden vielleicht kümmerlich und im Schweiß ihres Angesichts Brod haben und es vielleicht mit einer gewissen Verbitterung genießen, aber sie würden überhaupt Brod haben. Was jetzt daraus werden soll, das weiß ich noch nicht. Also auch nach der Seite liegt ein Exrem, dem man nicht zu nahe

treten muß. Die Konkurrenz im Inlande kann durch allgemeine Bestimmungen beschränkt werden; aber die Spitze unserer Industrie ist die Exportindustrie; lassen Sie die Exportindustrie Konkurrenzunfähig werden mit dem Auslande, und unsere ganze Industrie wird darunter leiden; die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, wird sofort erheblich zurückgehen, wenn die Exportindustrie geschädigt und nicht mehr mit dem bisherigen Eifer zu arbeiten im Stande ist. Das sind Klippen, Scylla und Charybdis auf der einen und auf der anderen Seite; ein allgemeines Rezept bei jedem Sturm, bei jedem Wetter zwischen Scylla und Charybdis richtig durchzuführen, wird keiner geben können. Es ist ganz un möglich, das in genereller Weise zu reglementiren. Es ist überhaupt, wie ich schon vor einigen Wochen oder Monaten von dieser Stelle bemerkt habe, eine ganz außerordentlich gefährliche — und ich glaube — undankbare Aufgabe, die Illusionen zu nähren, daß sich ein allgemeiner Normalarbeitsstag überhaupt festlegen läßt. Die Fiktion, die der Herr Vorredner auch schon berührt, daß Arbeit Arbeit sei, gleichviel, wie viel werth sie ist, welchen Ertrag, welchen Lohn sie bringt, daß da gleiche Bezahlung, gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit nothwendig sein sollen, das ist ein Fehlschritt, und es würde in der Praxis sofort sich mit dem größten Schaden für unsere Wohlthat bestrafen, wenn wir uns diesem Fehlschritt hingeben wollten. Ich bedauere, daß der Antrag Hertling in dieser Richtung überhaupt gestellt ist; er macht den Eindruck, als ob er darauf berechnet wäre, den Arbeitern zu sagen: wir alle, die ihn unterzeichnen, haben die Ueberzeugung, daß hier zu helfen ist, und die Regierung soll es machen, in zwei Monaten soll sie ein Gesetz dertat vorlegen; sie kann es, sonst würden wir es ihr nicht zumuthen; es liegt also bloß an ihrem bösen Willen — wie einer der polnischen Herren schon gestern sagte: „Cberchez le chancelier!“, der ist allein schuldig, daß den Arbeitern diese Wohlthat, die ihnen zu gewähren in der Hand der Regierung lag, nicht längst gewährt ist. Durch Ihren Antrag kündigen Sie öffentlich an: Die Regierung kann das leisten! Das ist Ihre Ueberzeugung. Können Sie diese Ueberzeugung rechtfertigen, dann ist es wirklich eine Härte gegen die Regierung und eine Lieblosigkeit gegen Ihr Vaterland, daß Sie das Regret, mit dessen Kenntniß Sie der Regierung diese Zumuthung stellen, nicht offenkundig hergeben. Sie haben ja das Recht der Initiative der Gesetzgebung; so schlagen Sie uns durch ein Gesetz vor, wie das ungefähr zu machen sei. Mein Latein ist dabei zu Ende, ich gehele aufrecht, daß ich nicht weiß, wie diese Schwierigkeiten, die Sie in wenigen Monaten in dieser Session für überwindbar halten und deren Lösung Sie von der Regierung verlangen — wie die gelöst werden sollen; ich bitte Sie auf das Dringendste darum, unterrichten Sie mich, wie das zu machen ist, und wenn Sie das nicht vollständig in den Wind geredet haben wollen, so legen Sie in diesen acht Tagen noch einen Gesetzentwurf hier vor, der das verwickelt, was Sie von der Regierung wollen, wenigstens in der Skizze oberflächlich andeutet, wie diese Schwierigkeiten, die ich anführe, zu umgehen sein würden. So kommt mir die Sache vor, wie ich wohl von Suworainen gehört habe, die sagten: „Mein Wille ist, daß jeder in meinem Staate glücklich, zufrieden, frei und geordnet sei; wie das zu machen ist, das ist die Sache der Schreiber von Ministern; darum habe ich mich als Fürst nicht zu belämmern.“ Das ist ungefähr die Stellung, die das Zentrum mit diesem Antrage einnimmt. Wir Schreiber von Ministern sollen uns etwas ausdenken, was Sie selbst nicht wissen. (Bewegung im Zentrum.) Können Sie die Möglichkeit schaffen, daß ein Normalarbeitsstag in einer für Alle annehmbaren Länge — sagen wir 10 Stunden — geschaffen werde, ohne daß der Arbeiter an Lohn verliert und ohne daß eine Industrie leistungsunfähig wird: dann thun Sie es. Aber wenn Sie diese Aufgabe für Deutschland allein erfüllt haben, dann haben Sie noch das Wenigste gethan; es sei denn, daß Sie Deutschland mit einer ähnlichen Noth umgeben könnten, und daß wir uns in Konsumtion und Produktion gegenseitig vollständig genützen, die Nation in allen ihren Ständen und Notheilungen. Das ist aber nicht der Fall. Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Abkommen mit der ganzen Welt so, wie der Generalpostmeister einen Postpostverein gestiftet hat, einen „Weltarbeitsverein“ herstellen könnten zugleich mit einem „Weltlohnverein“, der Amerika, England und alle die Industrien haben, kurz alle Welt umfaßt, und daß auch Keiner sich unterlassen, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbearbeitern — oder diese ihren Arbeitern — zu gestatten, im Interesse der Konkurrenz von diesem Satz im mindesten abzuweichen. Das ist nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben. Wenn wir aber allein auf diese Bahn uns begeben werden, dann haben wir auch allein die Folgen unseres Experimentes zu tragen, und ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, auch nur einen einzigen unserer Nachbarn zur Nachfolge zu bewegen. Diejenigen, die es gethan haben, haben es nur anscheinend möglich machen können. Nicht überall wird das Folgen der Gesetzgebung so genau überwacht wie bei uns, und in Folge dessen ist nicht überall dieselbe Gewissenhaftigkeit vorhanden. Der Maximalarbeitsstag ist thatsächlich nirgends durchgeführt, angeblich noch am Genouevien in der Schweiz. Daß er auch dort umgangen wird und toso die umgangen wird, daß von den kontrollirenden Beamten überall die Unmöglichkeit eingeschrieben wird, das gegebene Versprechen zu halten, das ist Ihnen Allen bekannt und ist hier von den Rednern auch schon gesagt worden. Wir, die verbündeten Regierungen, wollen aber keine Versprechungen geben, die wir nicht glauben halten zu können; je mehr wir von dem dringenden Wunsch befehlet sind, für die arbeitenden Klassen nicht bloß, sondern für alle Nothleidende und den unteren Steuerklassen Angehörige durch den Staat zu thun, was irgend in den Kräften und der Möglichkeit des Staates ist, um so weniger werden wir uns dazu begeben, nach Popularität zu haften dadurch, daß wir Dinge versprechen, die wir nicht für realisierbar halten. (Bravo! rechts.)

Abg. Adermann: Als im Jahre 1882 vom Abg. v. Hertling eine Interpellation eingebracht war, welche sich in derselben Richtung erging, wie der jetzt von ihm gestellte Antrag, gab der Herr Reichskanzler die Erklärung ab, daß er die Ziele, welche Herr v. Hertling ausgesprochen, zwar für gerechtfertigt halte, aber nicht beizustimmen könne, es Alles, was als wünschenswert bezeichnet werde, auch ausführbar sei. Dazu bedürfte es einer Prüfung dieser Fragen durch die zu bildenden korporativen Verbände, und zugleich versprach er, das einschlägige Material im nächsten Frühjahr uns vorzulegen. Inzwischen hat sich allseitig die Erkenntniß Bahn gebrochen, daß die Sonntagsheligion, wie sie ein Gebot des Christenthums ist, auch aus sanitären Gründen zu erstreben sei. Nicht den puritanischen englischen Sonntag wollen wir bei uns einführen. Den städtischen Arbeitern soll die Gelegenheit nicht benommen werden, am Sonntag mit der Eisenbahn hinaus ins Freie zu fahren. Was wir herbeiführen wünschen, ist der alte deutsche Sonntag, den unsere Dichter, wie Eichendorff, Uhland so schön besungen haben. Wer die schwere Last der Wochenarbeit getragen hat, dem soll am Sonntag wenigstens verstatet sein, Gottes Wort zu hören und sich seiner Familie zu widmen. Liegt die Sache nun so, so ist auch klar, daß von der Gesetzgebung ein Mehreres geschehen muß. Das Verbot der Sonntagsarbeit muß gesetzlich ausgesprochen werden, allerdings unter Huloassung von Ausnahmen. In den Wänskstätten mag Sonntagsarbeit stattfinden können, sofern nur lärmender Betrieb, der öffentlichen Nergerniß erregen könnte, vermieden wird. Nur der Fabrikbetrieb, der ohne öffentliche Anstöße zu verursachen, nicht statifindend sein sollte ganz untersagt werden. Ich kann deshalb erklären, daß wir den auf diese Frage bezüglichen Theil des Hertling'schen Antrages unterstützen werden.

Auch einer Beschränkung der Frauenarbeit stimmen wir zu. Dieselbe in diesem ganz ausschließen zu wollen, wäre ein Ding, denn sie entspricht der Entwicklung unserer Industrie. Was soll aus den 250 000 Frauen, die jetzt in Fabriken beschäftigt sind, werden, wenn wir sie plötzlich von der Arbeit ausschließen? Sie würden entweder Hungers sterben oder der Prostitution verfallen. Aber es kann allerdings jetzt noch ohne Schaden die Frauenarbeit eingeschränkt werden und in diesem Sinne sind die Vorschläge gehalten, welche v. Hölter Ihnen gestern empfohlen hat. Bezüglich der Arbeit in der Fabrik wünscht der Herr v. Hertling, daß dieselbe vom 14. Lebensjahre ab verstatet sein solle, aber der Rath soll ausnahmsweise die Verwendung der Kinder aus einem früheren Lebensalter zulassen dürfen. Der andere will die bisherige Altersgrenze für die Berechtigung zur Fabrikarbeit beibehalten wissen, aber auch er räumt dem Bundesrat das Recht ein, Ausnahmen zuzulassen — hier im Sinne einer Beschränkung jener Berechtigung. Beide Forderungen können im Grunde auf Eins hinaus; Kinder sollen nur ausnahmsweise zur Fabrikarbeit verwendet werden. Ich möchte Sie davon erinnern, daß in einigen Betrieben, so in den Seiden- und Stickerien meiner sächsischen Heimath, Kinder gar unentbehrlich sind. Hier giebt es Arbeit, die nur von kleinen zarten Fingern der Kinder verrichtet werden kann; die Kinderarbeit verbieten, hieße unsere heimische Industrie Konkurrenten der Schweiz zum Opfer bringen, die alle aus demselben zuläßt. (Sehr wahr! rechts.) Im Uebrigen liegen die Dinge bei der Fabrikation musikalischer Instrumente wie dieselbe im Boiglande betrieben wird. Hier sirkulirt eine Petition, die Altersgrenze für die Berechtigung zur Arbeit beim 10. Lebensjahre beginnen zu lassen. Gegen der Forderung einer Maximalarbeitszeit verhalte mich nicht rein ablehnend, ich behaupte nur, daß diese Handwerker, die Landwirtschaft und die Hausindustrie anwendbar sei. Anders liegt die Sache bei den Arbeitern. Wenn Fälle einer 13, 15, ja einer 16 stündigen Arbeitszeit vorgebracht sind, auch wohl zu den Ausnahmen, so könnte für die Fabriken, wenn auch nicht für alle in dieser Weise, die Arbeitszeit auf ein Maß zurückgeführt werden nicht mehr zu einer Schwächung der Arbeitskraft führt. Schutz der nationalen Industrie muß ein Schutz der nationalen Arbeit zur Seite treten. Nur vor einem übergroßen Schaden muß manne ich die Reformen auf diesem Gebiete. Wenn die Industrie Konkurrenzunfähig machen, so fördern wir wahrlich nicht das Interesse der Arbeiter. Die Wahrheit nach dem alten Spruch auch hier wieder einmal in den Gehren wir deshalb den goldenen Mittelweg.

Während der Rede des Abg. Adermann verläßt der Reichskanzler den Saal.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Aus den Reden geht hervor, daß alle Parteien der Ansicht sind, daß es nicht mehr bloß negativ zu verhalten dürfe, sondern die bestehenden Verhältnisse Rücksicht nehmen müßten. Abgeordnete Vöhrten hat es auffällig gefunden, Abgeordnete von Hertling nicht gleich mit einer detaillirten Entwurf betreffs des Normalarbeitstages getreten ist; uns war es auffällig, daß der Abg. v. Sonntagsheligion nur für die Frauen, nicht für die Männer haben wollte. Wenn er meinte, daß ohne die Sonntagsarbeit die Fabriken ihren regelmäßigen Fortgang haben könnten, so versteht es sich ja von selbst, daß er seinen zum Betrieb der Maschinen nothwendig vorgeschrieben werden müssen, aber die Gesundheit und Kraft der Arbeiter nicht höher als der Fortgang einer Fabrik und der Wohlthun, der daraus gezogen würde. Mit dem Ende der Sonntagsarbeit wird nicht, wie Vöhrten meint, die Sozialdemokratie auf die katholischen Wähler Einfluss gewinnen, sondern ist gerade mit dem Kirchenstreit gestiegen, wie Frankreich und Belgien beweisen, wo die Anarchisten und Kommunisten gewonnen haben. Herrn v. Hölter bemerke ich ferner, Frage der Sonntagsruhe schon spruchreif ist, so lange zehn Gebote haben. Herr Schumacher meinte, die Arbeiter könne nicht helfen. Das haben wir auch gar nicht beabsichtigt. Aber wo die christlichgläubige Gesinnung fehlt, kann Andere nichts helfen. Er kennt ferner keinen Nationalökonom, das kann man von den Sozialdemokraten nicht verlangen; ich nenne aber Thomas von Aquino. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie lachen? Das zeigt, daß Sie den nicht kennen. Wir verlangen ferner nicht den Sonntagsheiligung, sondern nur Sonntagsruhe. Das Herr Baumbach und erinnere ihn an den durch den Kampf herbeigeführten Zwang, der uns Katholiken die Sonntagsheiligung unmöglich macht. Mit dem Maximalarbeitsstag bezwecken wir nur, daß die Arbeitskraft des Arbeiters über Gebühr ausbeutet werde; der Reichskanzler hat sich in dieser Frage auf hoch deutsch freisinnig zu verhalten zu sehen. Er hat uns dann Mangel an Vaterlandsgewissen. Was ist jetzt nicht alles Mangel an Vaterlandsgewissen! (Sehr richtig!) namentlich wenn es gilt, dem Zentrum anzuhängen! Der Reichskanzler sagte dann, wir sollten Vorlage machen. Das ist er ja so gewöhnt bei seinen Reden und Ministern; da geht das oft in 24 Stunden; es geht danach! (Große Heiterkeit.) Uebrigens haben die konservativen Anträge gestellt. Ich habe aus dem Reichskanzlers im Ganzen den Eindruck gewonnen, während früher eine arbeiterfreundliche Stimmung herrschte, jetzt mehr eine kapitalfreundliche Stimmung getreten ist. Es scheint, als ob man jetzt die Sozialdemokraten in mildem Lichte betrachte, weil man glaubt, anders geworden. Es macht sich auch seit der Verfassung dieser Partei durch die Wahlen ein Entgegenkommen in der Partei geltend, und der Reichskanzler selbst hat ja getreten der Sozialdemokraten ist dadurch ein selbstbewusstes festes geworden, und sie sind seitdem auch viel stärker das Zentrum vorgegangen. Das letztere ist natürlich zwischen uns und der Sozialdemokratie ist der den Unterschied, und es hat mich mit ungeheurer Heiterkeit als die „Norddeutsche Allgemeine“ von einem Bündnisse ihr und uns sprach. Niemand wird mehr dagegen als die Sozialdemokraten selbst. (Sehr richtig!) bei Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat selbst gesagt, die „Norddeutsche“ mit Augen lese. Nach seinem Munde ich das gar nicht beweisen. (Große Heiterkeit.) Wir werden darum die Anträge, die Abgeordneten Bebel argeklündigt sind, nicht minder prüfen, und was gut ist und unserm Programm unterstützen. Ein Ankerlösen- und Ankerlösen- auch ein Innoalden- und Penkons- Gesetz nicht. Wir verlangen auch den Schutz für die Arbeiter. So hoch ich auch das Kapital ansehe, das der vaterländischen Produktion liegt, das nationale Leben welches der Arbeiter mit seiner Kraft, Gesundheit und Leben einsetzt, steht uns höher. Die Anträge, die wir werden, werden nichts helfen, wenn man nicht die Bestimmung und die geeignete Wirksamkeit der Arbeiter herstellt. Das Sozialistengesetz hat das Entgegenkommen wirkt von dem, was man damit beabsichtigt hatte. Es ist eine tief demoralisirende. Wie reizt es die Arbeiter, daß man regierungsfreudig, als man das Gesetz will, hier und in der Presse die Sozialdemokraten tisch mit den Anarchisten und ebenso verweirlich und daß nachher bei den Wahlen konservativ und liberale Regierungsbeamte Bündnisse mit den Sozialdemokraten geschlossen haben. Dieselben, die die Entwicklung unserer Industrie schädigt sind, werden, wenn wir sie plötzlich von der Arbeit ausschließen? Sie würden entweder Hungers sterben oder der Prostitution verfallen. Aber es kann allerdings jetzt noch ohne Schaden die Frauenarbeit eingeschränkt werden und in diesem Sinne sind die Vorschläge gehalten, welche v. Hölter Ihnen gestern empfohlen hat. Bezüglich der Arbeit in der Fabrik wünscht der Herr v. Hertling, daß dieselbe vom 14. Lebensjahre ab verstatet sein solle, aber der Rath soll ausnahmsweise die Verwendung der Kinder aus einem früheren Lebensalter zulassen dürfen. Der andere will die bisherige Altersgrenze für die Berechtigung zur Fabrikarbeit beibehalten wissen, aber auch er räumt dem Bundesrat das Recht ein, Ausnahmen zuzulassen — hier im Sinne einer Beschränkung jener Berechtigung. Beide Forderungen können im Grunde auf Eins hinaus; Kinder sollen nur ausnahmsweise zur Fabrikarbeit verwendet werden. Ich möchte Sie davon erinnern, daß in einigen Betrieben, so in den Seiden- und Stickerien meiner sächsischen Heimath, Kinder gar unentbehrlich sind. Hier giebt es Arbeit, die nur von kleinen zarten Fingern der Kinder verrichtet werden kann; die Kinderarbeit verbieten, hieße unsere heimische Industrie Konkurrenten der Schweiz zum Opfer bringen, die alle aus demselben zuläßt. (Sehr wahr! rechts.) Im Uebrigen liegen die Dinge bei der Fabrikation musikalischer Instrumente wie dieselbe im Boiglande betrieben wird. Hier sirkulirt eine Petition, die Altersgrenze für die Berechtigung zur Arbeit beim 10. Lebensjahre beginnen zu lassen. Gegen der Forderung einer Maximalarbeitszeit verhalte mich nicht rein ablehnend, ich behaupte nur, daß diese Handwerker, die Landwirtschaft und die Hausindustrie anwendbar sei. Anders liegt die Sache bei den Arbeitern. Wenn Fälle einer 13, 15, ja einer 16 stündigen Arbeitszeit vorgebracht sind, auch wohl zu den Ausnahmen, so könnte für die Fabriken, wenn auch nicht für alle in dieser Weise, die Arbeitszeit auf ein Maß zurückgeführt werden nicht mehr zu einer Schwächung der Arbeitskraft führt. Schutz der nationalen Industrie muß ein Schutz der nationalen Arbeit zur Seite treten. Nur vor einem übergroßen Schaden muß manne ich die Reformen auf diesem Gebiete. Wenn die Industrie Konkurrenzunfähig machen, so fördern wir wahrlich nicht das Interesse der Arbeiter. Die Wahrheit nach dem alten Spruch auch hier wieder einmal in den Gehren wir deshalb den goldenen Mittelweg.

geschlossen haben? Solche Widersprüche geben gefährliche
Baffen in die Hand der Sozialdemokraten. Die Sozialdemo-
kraten haben nie ihre Stellung verleugnet; sind heute noch
dieselben, die sie früher waren. Wenn Herr v. Bolkmar in
München gesagt hat, zwischen ihm und den National-
liberalen gebe es verwandte Gesichtspunkte, so glaube
ich allerdings, wo der Nationalliberalismus blüht, da wächst
auch der sozialdemokratische Weizen. Wenn in früheren
Sitzungen hier im Hause behauptet worden ist, die sozial-
demokratischen Abgeordneten seien allein die Vertreter der
Arbeiter, so ist das weder thatsächlich noch historisch; schon vor
Narz und Lassalle ist in dieser Richtung gearbeitet worden,
ich erinnere an die Gesellensvereine. In Fluss gebracht haben
die Sozialdemokraten die Reform gleichfalls nicht; auch von
uns ist sie angeregt und sind Vorschläge gemacht worden, und
für das Unfallgesetz haben die Sozialdemokraten nicht einmal
gestimmt (Abg. Bebel ruft: Weil es uns nicht gut genug
war.) Was wir aber auf diesem Gebiete thun, thun wir nicht
aus Furcht, sondern aus Pflichtgefühl. Alle Parteien sind,
glaube ich, hier im Hause in gleicher Weise bemüht, den Ar-
beitern zu helfen; die Lage der Arbeiter ist viel zu traurig,
um sie zum Konkurrenzspiel für die Parteien zu machen. Zum
Arbeiterschutz, den wir verlangen, gehört vor Allem auch der
Schutz der freien Ausübung des Wahlrechts für die Arbeiter.
Aber das sagt nicht in unsere heutigen Anträge; deshalb reden
wir davon ein anderes Mal. Wir wollen, und das unter-
scheidet uns von den Sozialdemokraten, die wirtschaftlichen
Schäden beseitigen und dabei den Grundlag aufrechterhalten,
das noch dem Gesetzgeber das Eigentum unantastbar und
eine Verteilung eine gerechte ist. Wenn Herr Bebel sagt,
seine Anträge bewegen sich auf dem Boden der bürgerlichen
Ordnung, so sind sie doch nur eine Etappe auf dem Wege zur
Verwirklichung seiner Pläne. (Abg. Bebel: Ja wohl; nur eine
Etappe!) Wenn immer gesagt wird, die Sozialdemokraten seien
ganz andere Leute geworden, so erinnere ich an das sozial-
demokratische Wahlflugblatt, wo es hieß, die Konservativen
seien eine Hand voll Krautjunker, die nichts gelernt hätten, als
einwas Koklöcher und Boltschlagen; die Nationalliberalen
seien die Partei der politischen Charakterlosigkeit und Heuchelei.
Von dem, was noch noch kommt, will ich garnicht reden, das
ist noch viel schlimmer. Darauf antworteten dann aber die
Nationalliberalen Blätter in Hannover am 10. November,
die Wahlen der sozialdemokratischen Abgeordneten seien nicht
bloß zu wünschen, sondern sogar thatsächlich zu unterstützen.
Wenn die Sozialdemokraten in Hannover noch nicht auf dem
selben Standpunkt ständen wie die anderen, so sei das noch zu
hoffen, seitdem das soziale Königtum proklamirt worden. Ich
meine, zwei Dinge haben in der Sozialdemokratie keinen Platz,
das Königtum und das Eigentum. Die Sozial-
demokraten sind Republikaner und müssen es sein. Die
Sozialdemokraten streben die Verwandlung der Arbeits-
mittel in Eigentum der Gesellschaft an, sie müssen daher das
Eigentum konfiszieren bis zum letzten Spaten des Landmanns
und der letzten Nadel des Schneiders. Ihre Kritik der beste-
henden Verhältnisse hat ja viel Verlockendes, aber in der Aus-
führung beruht Ihre Schwäche. Wenn Sie erst an den Klein-
bürgern kommen, da werden Sie sterblich sein, oder es wird eine
ziemlich allgemeine Sterblichkeit eintreten. Wenn der Abg.
Bebel behauptet, die Bauern gehören uns, so sage ich darauf
ja und nein. Ja, wenn das nicht geschieht, was notwendig
ist, um den kleinen Grundbesitz vor Expropriation in Folge
der Ueberlastung durch Steuern und Schulden zu bewahren.
Im anderen Falle werden Sie gerade am ländlichen Grund-
besitz den stärksten Widerstand haben. Der Mensch liebt das
Eigentum, er ist für das Eigentum gleichsam geboren. Wenn
dasselbe heute abgeschafft wird, so wird es nach einigen Jah-
ren wieder Eigentümern geben. Die Ausführung Ihres Pro-
gramms setzt Engel voraus, aber keine Menschen mit
verschiedener Arbeitskraft, mit Leidenschaften und Ehrgeiz.
Hinter Ihnen stehen die Anarchisten, und wenn die
Sozialdemokratie Recht hat, warum sollen die Anarchisten nicht
Recht haben? An dem Tage, wo die Sozialdemokratie nicht auch
mehr umstürzen kann, sondern aufbauen, regieren und strafen
soll, tritt für sie die Gefahr und Verlegenheit ein. Die Re-
volution, die Sie machen, wird Sie verschlingen, wie alle
Führer von Revolutionen. Die Gefahr, die in der Verbreitung
der sozialdemokratischen Lehren liegt, ist groß, denn die 600 000
oder die Million Sozialdemokraten, die wir haben, sind keine
Doktrinaire und keine Blüffler, die hinter dem Glase Vier
raisonnieren und sich beschweren, sondern thatsächliche Leute,
die bereit sind, für ihre Zwecke ihr Leben einzusetzen. Ich kann
mich auch dem nicht verschließen, daß die Sozialdemokratie in
die Arme eindringen wird, wenn sie nicht schon eingedrungen
ist. Bittermäßig muß ein Theil der Sozialdemokraten schon
in der Arme gedient haben oder wird in dieselbe eintreten.
Ich meine, man thut gut, diesen Dingen klar ins Angesicht zu
sehen. Dieser Gefahr muß entgegengetreten werden, und es
kann nach meiner Ueberzeugung nur auf christlicher Grundlage
geschehen. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, unsere
Anträge zu prüfen. Zum Schluß bitte ich Sie noch, daß Sie
eingedenken sein mögen des schönen Wortes des großen Pitt:
sagt mir nicht, das Parlament sei ohnmächtig; — um Schutz
zu gewähren, muß das Parlament hoch mächtig sein. (Lebhafter
Beifall im Centrum.)

Abg. Stöcker (Siegen): Ich halte in theilweisem Ge-
genatz zum Abg. v. Hertling die Frage des Normalarbeits-
tages für eine der allerwichtigsten in Bezug auf die ganze
Sozialpolitik; auch aus sozialdemokratischen Kreisen ist uns
ja bekannt, nicht bloß während der Wahlkämpfe die Frage
des Normalarbeitstages entgegen. Wenn unsere Beschäftigung
mit der Arbeitergesetzgebung, wie es doch die Absicht ist, die
Untersuchung der Ansprüche der Arbeiterwelt und die Er-
füllung der berechtigten unter diesen Ansprüchen bezweckt, dann
müssen wir den Normalarbeitsstag in die Mitte der ganzen
Diskussion stellen. Für uns Konservative ist die gesetzliche
Feststellung eines Normalarbeitstages allerdings denkbar, aber
nur innerhalb der einzelnen Betriebe und nicht ohne Mitwir-
kung der Fabrikgenossenschaften. Ist doch auch in England
und der Schweiz die Arbeiterbewegung erst relativ zur Ruhe
gekommen, als der Normalarbeitsstag in irgend einer Form
gesetzlich fixirt war; auch bei uns wird sie die Forderung nicht
fahren lassen, und sie wird uns zwingen, uns damit zu be-
schäftigen, wir mögen wollen oder nicht. Sonntagsruhe, Be-
schränkung der Frauen, Abschaffung der Kinderarbeit, sind
Dinge von höchster Bedeutung, aber der Sonntag ist
überhaupt kein Arbeitstag, die Arbeit der Frauen ist
die Hausarbeit; mit der Frage des Normalarbeitstages
erst treten wir an den Arbeiter und die Werktagarbeit heran.
Herr Schumacher, der sich in unserem Parlamentsalmanach
als „religionslos“ bezeichnet, hat gestern der Sonntagarbeit
ein Verdikt gesprochen; ich halte es für etwas Großes, daß ein
solcher Mann in solcher Weise dem Sonntag sein Recht wider-
fahren läßt. Herr v. Schorlemer hat sehr zu Unrecht unsere
Stellung zur Sonntagsruhe kritisiert und in eine Art von
Gegensatz zu der des Centrum gebracht; es sind doch sicherlich
nicht bloß in den östlichen, sondern auch in den westlichen
Provinzen die Grundbesitzer mit der Sonntagsfeier broüvitet!
Ebenso sehen wir Konservative die Gefährlichkeit der Sozial-
demokratie gerade so gut ein, wie das Centrum; und sind
denn etwa Wahlbündnisse zwischen Sozialdemokraten und Cen-
trum nicht geschlossen worden? — Es ist übrigens ungemein
bedauerlich, daß das Arbeiterchutzgesetz der sozialdemokratischen
Abgeordneten uns noch nicht vorliegt; die Herren haben auf
diesem Gebiete ein sehr großes Schuldkonto. In „Volksstaat“
wurde 1872 behauptet, daß die Entwicklung des Volksstaates zum
arbeitsfähigen Normalarbeitsstag führen müßte, und Rossi
hatte die Beschränkung der menschlichen Thätigkeit auf den
Zeitraum vom achtzehnten bis zum achtundzwanzigsten Jahre

als eine Art Dogma hingestellt. Nach solchen Phantasereien,
durch welche das Volk belogen und betrogen wird, muß Klar-
heit allerdings nöthig erscheinen, und wir sind sehr neugierig,
wie das sozialdemokratische Arbeiterchutzgesetz aussehen wird.
Der Normalarbeitsstag ist wie das Familienleben eine natür-
liche Ordnung, aus deren gesetzliche Sicherung die Regierung
durchaus Bedacht nehmen muß. Tausende von Arbeitern
folgen den sozialdemokratischen Arbeiterführern, nur weil sie
glauben, letztere ständen den Arbeitern nahe; nehmen sie
wahr, daß diese den Umsturz planen, so werden sie
sich von ihnen zurückziehen. Es ist ein Segen des
Sozialengesetzes, daß die wüste Agitation un-
möglich gemacht worden ist; die Sozialdemokraten sind maß-
voll geworden, das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen.
Diejenigen Arbeiter, welche Vaterland und Abhängigkeit lieb
haben, welche dem internationalen Schwund abhold sind, von
den Umstürzern loszulösen, ist die Aufgabe unserer Sozial-
politik, die gar nicht besser als durch Ausdehnung der Arbeiter-
schutzgesetzgebung vorwärts schreiten kann. Zum Zweck der
Herbeiführung eines Normalarbeitstages für die einzelnen Be-
triebe halten wir aber einen Bericht unserer Fabrikinspektoren
aber die bezüglichen Verhältnisse einstimmig für nöthig, und
dieser Bericht wird viel eher erstattet sein, als die Resultate
der hiesigen Enquete vorliegen könnten.

Abg. Grohe (Wolfsparthei): Bei der vorgelassenen Tages-
zeit beschränke ich mich auf eine kurze Erklärung. Meine poli-
tischen Freunde und ich begreifen es, daß durch Einführung
eines Normalarbeitstages, sowie Beschränkung der Frauen-
und Kinderarbeit, eine Besserung in die Arbeiterverhältnisse ge-
bracht werden soll. Die in Tausenden von Fällen gewissen-
lose Ausbeutung der Arbeitskraft durch Arbeitgeber bedarf
einer genaueren Begrenzung, damit auf der einen Seite die
Gesundheit der Arbeiter nicht länger Noth leidet
und auf der anderen Seite der Willkür dieser Arbeit
leder ein Ziel gesetzt wird. Ist es ja schon häufig
genug vorgekommen, daß Arbeiter, die zu ermüdet waren, um
dem Befehl ihres Arbeitgebers, „längere Tagesstunden zu
machen“, nachkommen zu können, einfach deshalb fortgelagt
wurden. Obgleich wir der Ansicht sind, daß zur Einführung
des Normalarbeitstages eine internationale Verständigung ge-
sucht werden sollte, wollen wir die Einführung derselben bei
uns deshalb doch nicht davon abhängig gemacht wissen, sondern
wünschen die Einführung in kürzester Frist, soweit natürlicherweise
dies in einem einzelnen Staate möglich sein wird. Wir gehen
jedoch dabei von der Voraussetzung aus, daß alle Ausnahmen,
die sich bei jedem Betrieb ergeben werden, im Voraus bestimmt
werden müssen und nicht in jedem einzelnen Falle die Erlaub-
nis der Behörde dazu erwirkt werden muß. Die Beschränkung
der Frauen- und Kinderarbeit ist eine absolute Nothwendigkeit.
Die körperliche Entwicklung der Arbeiterkinder nimmt von Jahr
zu Jahr ab; die Folgen dieser anstrengenden Kinderarbeit sind
an den kränklichen, verkrüppelten Gestalten deutlich sichtbar.
Ebenso verhält es sich mit den Frauen. Die Thätigkeit
der Frau soll auf ihr Haus beschränkt bleiben,
sie soll ihre häusliche Pflichten, ihre Kinder erziehen
und ihrem Manne ein glückliches Familienleben schaffen.
Statt dessen ist sie in vielen Fällen gezwungen, selbst mit in
Fabriken zu arbeiten, um die nöthigen Mittel zur Führung der
Haushaltung aufzubringen. Dies geschieht dann immer auf
Kosten der Häuslichkeit, des Familienlebens, ja sehr häufig auf
Kosten der Moralität. Dies heißt der Arbeiter auch selbst ein,
denn wir finden, daß fast auf allen Plätzen, auf welchen
der Arbeiter genug verdient, um seine Familie anständ-
lich ernähren zu können, sehr wenig Frauen-
und Kinderarbeit stattfindet. Auch aus diesem Grunde
wünschen wir baldige Einführung des Normalarbeitstages, so-
wie Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, damit die
Arbeitgeber gezwungen werden, höhere Löhne zu bewilligen.
In den Arbeiter in den Stand zu setzen, seine Familie
anständig ernähren zu können. Mit dem Ublischen An-
trage können wir uns nicht befremden, da durch Annahme
dieser die ganze Angelegenheit auf die lange Bank
geschoben wird und am Ende dem Arbeiter doch
nichts nützen würde, ebenso können wir nicht für den
Kropatschew'schen Antrag stimmen, weil darin
ein Normalarbeitsstag für jugendliche Arbeiter verlangt wird,
ohne die Ausnahmen, die sich in jedem Betriebe ergeben wer-
den, zu berücksichtigen. Wir stehen deshalb auf dem Stand-
punkt des Herlingschen Antrages und werden dementsprechend
auch stimmen.

Darauf wird die weitere Debatte um 5 1/2 Uhr bis Frei-
tag 1 Uhr vertagt. Außerdem steht noch der Etat des Reichs-
tags auf der Tagesordnung.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar 1885, 1 Uhr.

Am Regierungstische: Ministerpräsident Fürst von
Bismarck, Friedberg.

Das Mitglied des Hauses Herzog von Ratibor
übernimmt als Präsident der vorangegangenen Session, auf
Grund des § 1 der Geschäftsordnung, den Vorsitz, eröffnet
die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser, und
beruft zu provisorischen Schriftführern die Herren Theune,
v. d. Osten, v. Wiedebach und v. Latichius.

In das Haus sind neu berufen die Herren Kammer-
gerichts-Präsident Dehlschlager, General Graf Reid-
hardt v. Gneiffenau, Graf Eulenburg-Prassen,
Drexler v. Ratie, v. Reinersdorf, Febr. v.
Wendt, Graf v. Redern.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 99 Mit-
gliedern; da zur Beschlußfähigkeit nach der Geschäftsordnung
die Minimalzahl von 60 erforderlich ist, so kann sofort in die
Erledigung der Geschäfte eingetreten werden.

Auf der Tagesordnung steht die Konstituierung des Hauses;
v. Kleist-Regow schlägt vor, zum ersten Präsidenten den
Herzog von Ratibor und zum ersten Vize-Präsidenten den
Grafen von Arnim-Boitzenburg per Affirmation zu wählen;
v. Bernuth schlägt sich diesem Vorschlag an, bittet aber,
auch Herrn Geh. Justizrath Dr. Bessler per Affirmation zum
zweiten Vize-Präsidenten zu wählen.

v. Kleist-Regow: Dem letzteren Vorschlage des Herrn
v. Bernuth widerspreche ich.

v. Bernuth: Da mir von jener Seite das Entgegen-
kommen nicht bewiesen worden ist, so widerspreche ich auch der
Affirmationswahl der beiden ersten Präsidenten.

Es muß nunmehr die Wahl durch Stimmzettel erfolgen.
Bei dem Wahlgange für den ersten Präsidenten
werden 101 Stimmzettel abgegeben; es fallen auf den Herzog
v. Ratibor 95 Stimmen, je eine auf Herzog v. Ujest,
Graf Brühl, v. Tettau, Graf Arnim-Boitzen-
burg; 2 Stimmzettel sind unguiltig.

Herzog v. Ratibor: Ich nehme die auf mich ge-
fallene Wahl mit Dank an und werde mich bemühen, auch
diesmal das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Ich
bitte nur, die mir wiederholt bewiesene Rücksicht und Unter-
stützung Ihrerseits mir auch in dieser Session gewähren zu
wollen.

Zum ersten Vizepräsidenten wird Graf von
Arnim-Boitzenburg mit 89 von 101 Stimmen gewählt;
9 Stimmen fallen auf Graf Brühl, 1 auf v. Tettau,
2 Bittel sind unbeschrieben. Graf v. Arnim nimmt die
Wahl mit aufrichtigstem Danke an.

Bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten
werden 101 Stimmzettel abgegeben; Prof. Dr. Bessler er-
hält 55, v. Tettau 27, Graf Brühl 17, Febr. v. Lands-
berg-Steinfurt 1 Stimme; 1 Bittel ist unbeschrieben.
Prof. Bessler nimmt die Wahl an.

Zu Schriftführern wählt das Haus auf Vorschlag des
Herrn v. Tettau die Herren Diege, Potichius,
v. Neumann, v. d. Osten, v. Schöning, Theune,
v. Wiedebach und Graf v. Bieten-Schwerin per
Affirmation.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Ge-
schäftliche Mittheilungen; Wahl eines Mitgliedes der Staats-
schuldenkommission.)

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

1 1/2 Uhr. Am Ministertische v. Buttikamer. Das Haus
ist gut besetzt, der Abg. Dr. Loewe (Bochum) ist auf seinem
Platz.

Als Präsident der früheren Session übernimmt Herr
v. Köller der Geschäftsordnung gemäß den Vorsatz mit folgen-
den Worten: Lassen Sie es unser erstes Geschäft sein, von
der Treue und Ergebenheit Bruynig abzulegen, von der die
Verhandlungen dieses Hauses stets getragen sind und, so Gott
will, immer getragen sein sollen: Se. Majestät der deutsche
Kaiser, König von Preußen lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen
dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Zu provisorischen Schriftführern werden die Abgg. Bobb,
Sachse, Graf Schminke-Kerkendord und Popelius berufen.
In das Haus sind bereits 24 Mitglieder eingetreten, daselbst
ist also beschlußfähig. Die Auslosung der Mitglieder in die
Abtheilungen wird vom Bureau nach der Sitzung vollzogen,
und die Konstituierung der Abtheilungen morgen vor der Plenar-
sitzung erfolgen.

Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.
(Wahl des Präsidenten und Schriftführer.)

Lokales.

Das ist das Berliner Leben, wie es weint und lacht
— wer denkt nicht an jenen unsterblichen Vers, wenn er den
folgenden Bericht liest, den wir einem gestrigen Abendblatte
entnehmen: Zwei Studenten hatten sich vor einigen Wochen
im „Palast“ einen kleinen Affen gekauft und gingen mit
demselben in später Abendstunde seelenergerüst nach Hause.
In der Landsbergerstraße trafen sie zwei Damen und „ulsten“
dieselben an. Da näherten sich aber zwei Herren, welche in
einiger Entfernung hinter den Damen hergingen und stellten
die Studiosen wegen ihres Benehmens zur Rede; es entstand
ein Wortwechsel, der sogar zu einer veritablen Schlägerei aus-
artete, indem sich die Streitenden gegenseitig mit Stöcken
und Schirmen traktirten. Bald erschienen mehrere Schaulente und
siftirten die Kämpfer. Auf dem Polizeibureau stellte es sich
heraus, daß die beiden Herren, welche die Damen von der
lästigen Gesellschaft befreien wollten, deren Ehemänner waren.
Die Polizeibehörde hatte nun gegen die Studenten wegen
groben Unfugs durch Mandat eine Haft von je sechs Wochen
verhängt, wogegen aber die richterliche Entscheidung
beantragt wurde. In der heute vor dem Schöffengericht
beim hiesigen Amtsgericht I stattgefundenen Ver-
handlung nahmen sich die Rechtsanwältin Sello und
Binner ihrer Klienten sehr warm an und wiesen darauf hin,
daß die ganze Zukunft derselben vernichtet würde, wenn die
Haftstrafe bestätigt würde. Das Schöffengericht faßte auch die
Affäre milder auf und erkannte nur auf eine Geldstrafe von
15 beziehungsweise 10 Mark. Ganz entscheidend hatte die Po-
licebehörde mit ihrem Strafmandat vollkommen Recht, und
uns erscheint die Rüge des Schöffengerichts in diesem Falle
recht über angebracht. Wenn sich gebildete junge Leute einen
„kleinen Affen kaufen“, wie es in dem Bericht heißt, so
sollten sie erst recht für die Folgen desselben verantwortlich
gemacht werden, denn es ist durchaus unersichtlich, weshalb
gerade Studenten mehr berechtigt sein sollten, sich „Affen zu
kaufen“, als junge Leute anderer Stände. Ob fernerhin eine
Geldstrafe von 15 bezw. 10 Mark eine genügende Waße für
das „Anulien“ anständiger Frauen ist, lassen wir dahingestellt.
Soviel aber ist sicher, daß, wenn ein paar Arbeiter sich einen
ähnlichen „Säuer“ geleistet hätten, der „kleine Affe“ sich in
sinnlose Betrunktheit und das „Anulien“ sich in rohes An-
rennen verwandelt hätten.

1. Das Wohnungsproblem in Berlin noch kaum die Rede
von einem Wohnungsmangel in Berlin noch kaum die Rede
sein kann, so muß ein solcher doch bei fortwährenden gleichen
Verhältnissen in nicht zu fernem Zeit über Berlin hereinbrechen.
Seit 25 Jahren hat sich die Bevölkerungsdichtigkeit, wie die
Statistik nachweist, mehr als verdoppelt, indem der für den
Einzelnen vorhandene Raum von 121 auf 53 1/2 Qua-
dratmeter zusammengeschrumpft ist. Noch im Jahre 1875
waren Häuser mit weniger als 50 Personen bedeutend in der
Bestandtheil herabgegangen. Die Durchschnitts-Bewohnerschaft
eines Hauses beträgt jetzt 60—61. Die Zunahme der bebauten
Grundstücke in den letzten 12 Jahren, bis 1. Oktober 1884, be-
trug nach statistischen Aufzeichnungen zusammen 4910, welche
bei der durchschnittlichen Einwohnerzahl von 60 per
Haus Raum für 294 600 Personen schuf, wäh-
rend die Bevölkerung innerhalb der gleichen Zeit
um 497 765 zunahm. Das Mehr der Bevölkerungszunahme
von 103 165 hätte nach dem obigen Durchschnitt eine weitere
Zunahme von bebauten Grundstücken um 1710 aufgewogen.
Diese Zahlen beweisen, daß die Bau thätigkeit mit der Bevölkerungs-
zunahme nicht gleichen Schritt gehalten hat und daß in
Folge der Zunahme der Bevölkerung und des naturgemäßen
Strebens, dem dichten Zusammenwohnen nach Möglichkeit zu
entgehen, an Stelle der jetzt noch immer leetstehenden Woh-
nungen in nicht allzuferner Zeit ein Wohnungsmangel treten
wird. In demselben Verhältnisse, in welchem sich Berlin dem-
selben nähert, müssen auch die Wohnungsverhältnisse sich erhöhen,
und diese fortschreitende Steigerung beweisen schon jetzt eben-
falls die statistischen Aufzeichnungen.

Reporterphantasten. Nach einer vor einigen Tagen in
den Zeitungen enthaltenen Nachricht sollte ein junger feinge-
kleideter Mann, welcher in den Nachstunden des 7. d. Nts.
„bezocht“ über den Platz gegangen und dort jungen Damen
gegenüber Alotria getrieben, ein schreckliches Ende gefunden
haben, indem er von einem Wagen überfahren und sofort
getödtet worden sei. Der Kopf sollte beinahe vom Rumpfe
getrennt gewesen und die Verthe nach der Morgue geschafft
worden sein. — Der ganze Vorfall ist erdichtet. An dem be-
zeichneten Tage ist in jener Gegend Niemand überfahren
worden.

Ein betrügerischer Kanarienvogelhändler treibt hier
seit einigen Tagen sein Unwesen. Am Montag früh trat der-
selbe in die im Hause Landsbergerstr. 32 belegene Werkstatt,
und bot Kanarienvogel zum Kauf an. Er offerirte dieselben
zum Preise von 4 und 5 Mark. Einer der in der Werkstatt
beschäftigten Arbeiter kaufte einen Vogel zum Preise von 3
Mark. Der Händler erklärte nunmehr, daß er noch einen
Hahn zur Probe dalassen wolle, wenn man ihm eine Mark an-
zahlen würde. Er wollte sich dann den restirenden Betrag in
drei Bötchen abholen. Man ging auf diesen Handel ein, und
der Vogelhändler entsetzte sich mit dem Gelde. Nach kaum
zwei Stunden starb jedoch der eine Vogel und kurz darauf
der andere. Der Händler hatte seine Waise angegeben, da-
nach wohnte er im Gäßchen zum „Grünen Baum“ in der
Krausenstraße. Hier logirte er jedoch nicht, ebensowenig im
Gäßchen zur „Goldenen Traube“, wo, wie die Beschädigten in
Erfahrung brachten, ein Vogelhändler abgestiegen sein sollte.
Die Händler kommen gewöhnlich zu zweien, der Eine trägt
den großen Kasten mit hundertern von Vögeln. Der Andere,
der das eigentliche Geschäft macht, ist mittelgroß, kräftig ge-

haut, hat rüchlich blondes Haar und einen starken Schnurrbart. Beide Beschüger geben sich als Harzer Vogelhändler aus.

Der **Reineidsprozess** gegen den Baumeister Schmidt und die separatistische Bock aus der Wallner-Theaterstraße, welcher mit der Verurteilung des Schmidt zu einer dreijährigen und der Bock zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe seinen vorläufigen Abschluss fand, wird nach der „Ber. Ztg.“ noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter finden. In den beiden Ehecheidungsprozessen, welche sowohl Frau Baumeister Schmidt gegen ihren Ehemann als Herr Bock gegen seine Ehefrau anstregte, hat eine Anzahl Herren Aussagen gemacht, die nicht allein im Widerspruch mit dem Thatbestande waren, sondern, wie die gegen Schmidt und die Bock später eingeleitete Untersuchung ergab, wissentlich falsch abgegeben wurden. Gegen diese Personen ist auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen wissentlichen Reineids eingeleitet worden.

Polizei-Bericht. Am 14. d. M. früh verunglückte der russische Borsch auf dem städtischen Central-Viehhof dadurch, daß er beim Ausladen eines Rinderviertels auslief, wobei ihm die Last auf den linken Oberschenkel fiel und eine 5 Centimeter lange und 1 Centimeter tiefe Fleischwunde auftrug. Derselbe mußte sich nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain begeben. — Am demselben Tage Vormittags erhängte sich ein Mann in seiner in der Veteranenstraße belegenen Werkstatt. — Am Mittag desselben Tages wurde der Schlächtergeselle Thon, Coarbitraterstraße 33 wohnhaft, bei einer Schlägerei mit dem russischen Witz durch einen Stoß oder Stich in das rechte Auge derartig verletzt, daß er beunruhigt zusammenbrach und nach der Wache des 15. Polizei-Regiments und von dort aus mittels Droßknecht nach der Charité gebracht werden mußte. — Am demselben Tage Abends entstand in einer Wohnung des Hauses Lützowplatz 10. Feuer, durch welches mehrere Möbelstücke vernichtet wurden. Dasselbe wurde vor dem Eintreffen der Feuerwehr von Hausbewohnern gelöscht.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung von Duellanten, Marburg, 7. Januar. Vor der Strafkammer gelangte ein Pistolenduell zweier hiesiger Studenten zur Aburteilung. Die seitens der Staatsanwaltschaft gestellte Anklage richtete sich gegen den Kand. Med. Clemens Engelking aus Altenberg bei Münster i. W., und den Stud. Ker. Nat. Max Kühnast aus Guben. Die Verurteilung zu diesem Duell war eine Schlägermensur des Angeklagten Engelking, die am 15. November zu Carlsbausem stattgefunden hatte, und bei welcher sich der Angeklagte Kühnast erlaubte, über das Verhalten seines Gegners zu lachen, in Folge dessen ließ Engelking an letzteren eine Herausforderung ergehen, die dieser annahm. Die Bedingungen waren Pistolen, einmaliger Kugelwechsel, 10 Schritte Distanz und ohne Zielen. Am 18. November früh gegen 7 Uhr wurde der Kampf ausgefochten und endete damit, daß der Fordernde durch den ersten Schuß seines Gegners lebensgefährlich in den Kehlkopf getroffen wurde. Durch eine glücklich ausgeführte Operation des Herrn Geheimraths Koser, Direktor der chirurgischen Klinik hieselbst, welcher den Verletzten in Behandlung hatte, wurde die Lebensgefahr beseitigt. Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft lautete für Engelking 6 Monate und für Kühnast 6 Monate Festungshaft, während der Gerichtshof erstere zu 5 und letzteren zu 4 Monaten Festungshaft, sowie in solidarischer Haftbarkeit zur Tragung der Kosten verurtheilte. — Bei derartig milden Strafen ist es natürlich kein Wunder, wenn die Duellende immer größere Dimensionen annimmt. Man sollte die Duelle in derselben Weise bestrafen, wie Todschlag. Wie wenig solche milden Strafen abschrecken, geht wohl recht deutlich daraus hervor, daß in Köslitzberg am Sonnabend schon wieder ein Pistolenduell zwischen zwei Studierenden stattfand, bei welchem dem einen der linke Arm zerschmettert wurde.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

b. Die allgemeine öffentliche Tapezierer-Versammlung am Mittwoch Abend unter dem Vorsitz des Herrn Sander im Restaurant Feuerstein, war sehr zahlreich besucht. Die Tagesordnung schloß durch ihren theilweise ungewöhnlichen Inhalt eine ganz besondere Anziehungskraft auch auf die Kreise

der Gehilfenschaft ausgeübt zu haben, welche sonst am öffentlichen Leben ihrer Kollegen nur seltener Theil zu nehmen pflegt. Nächst einem Referate des Kollegen Nicolaß über Lohnbewegungen, war nämlich in der Besammlungs-Anzeige zum zweiten Punkte der Tagesordnung als Thema angekündigt worden: „Das Interesse der gesamten Gehilfenschaft an der Zusammenfassung des Vorstandes der Ortskranken- und Sterbekasse und an der Verlegung des erledigten Kassendirektorpostens“. Daher der starke Besuch der Versammlung und die ungewöhnliche Spannung der Teilnehmer vor Beginn des Meetings auf die Dinge, die da kommen würden. Auch soll, wie wir belehrt wurden, vielfach die Befürchtung gehebt worden sein, daß in der bevorstehenden Diskussion nur allzu sehr das Persönliche sich in den Vordergrund drängen könne, die Geister allzu heftig aufeinanderplagen möchten. Diese Befürchtung hat sich infolge eifriger Weise als unbegründet erwiesen und der gegenseitige Meinungsaustausch, der Vielen ein Bedürfnis gewesen zu sein scheint, und eine Herzenerleichterung verschafft haben mag, hat, obgleich dabei an Vorwürfen, Indiskretionen und Anschuldigungen hinüber und herüber gerade kein Mangel zu verspüren war, schließlich doch dem Geiste der Friedfertigkeit und des kollegialischen Zusammenhaltens zum heftigen Durchbruch verholfen. Der endliche Triumph dieses Geistes über persönlichen Haß und kleinliche Reibereien war ohne Zweifel zum nicht geringen Theile dem Bewußtsein zu verdanken, daß das ganze Tapezierergewerk nahe vor einer großen allgemeinen Lohnbewegung der Gehilfenschaft steht, bei welcher Einigkeit die erste aller Vorbereitungen des Erfolges ist. Nach dem bereits Gesagten unterlassen wir alles weitere Eingehen auf die Einzelheiten der Verhandlungen, indem wir uns auf die Mittheilung beschränken, daß zum ersten Punkte der Tagesordnung, betreffend den Nicolaß'schen Vortrag über die Lohnbewegung, folgende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte: „Die heutige Versammlung der Berliner Tapezierer etc. erklärt, daß sie sich dazu verpflichtet, die Agitation der Lohnkommission energisch zu unterstützen, und zwar erstens durch Ansammlung von Geldern für den Generalunterstützungsfonds, zweitens durch männliches Eintreten für die Zeit festzusetzenden Forderungen der gesamten Gehilfenschaft drittens, durch Beharrlichkeit des Strebens, den besseren Theil der Meister und Prinzipale in deren eigenem Interesse für die Durchführung eines einheitlichen Lohn-, Stück- und Zeit-Tarifs zu gewinnen.“ Zu dem bereits erwähnten zweiten Punkte der Tagesordnung führte Herr Sander als Referent unter dem Vorbehalt der Mehrzahl der Versammelten, aber auch unter theilweisem Widerspruch einzelner Theilnehmer aus, die Gehilfenschaft sei berechtigt, von den zur Zeit gewählten Vorstandsgliedern der Orts-Krankenkasse zu erwarten, daß sie auch über die engen Grenzen ihrer Kasseeinrichtungen hinaus, die Interessen des Berliner Tapezierergewerks und das materielle Wohl der gesamten Gehilfenschaft zu sorgen bestrebt, und die Forderungen derselben energisch und thätig zu unterstützen bemüht sind. Nach den in der Diskussion abgegebenen Erklärungen aller betreffenden Redner, ja aller Redner überhaupt, steht zu erwarten, daß von nun an auch der mehr indifferent gebliebene Theil der Gehilfenschaft sich in Masse an den Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Tapezierer anschließen und es sich angelegen sein lassen wird, die Lohnbewegung so thätig als möglich zu fördern. In Betreff der letzteren wurde in der Versammlung die erfreuliche Wahrnehmung konstatiert, daß die Beiträge zum Generalunterstützungsfonds in den letzten 14 Tagen weit reichlicher, als bisher, gestossen sind und der Fonds bereits einen erheblichen Umfang erreicht hat, während der genannte Verein unter der energischen Leitung seines jetzigen Vorsitzenden, Herrn Wildberger, immer thätiger auftritt.

ms. Die Vertheuerung der Milch. Im Verein der Milchinteressenten hielt am Dienstag Abend Herr Ingenieur Helm einen Vortrag über das Thema: Wie kann der Milchproduzent des Abgabebietes Berlin die Milch höher verwerten? Wir wünschen, daß die Milchconsumenten mit ebenso viel Eifer einmal die Frage untersuchen, wie sie ihre Milch billiger bekommen könnten. Herr Helm wies nach, daß bei den täglich in Berlin verbrauchten 300 000 Litern Milch im Zwischenhandel 12 000 M. pro Tag verdient werden, also vier Millionen Mark im Jahre erspart werden könnten, und er forderte die Milchproduzenten auf, durch eine bessere Organisation der Abgabe diese vier Millionen zu verdienen; auch mochte er eine Reihe von Vorschlägen nach dieser Richtung.

Wir sind der Meinung, daß man sich lieber den Kopf zerbrechen sollte, wie man die zu viel bezahlten vier Millionen den armen Konsumenten zuwenden könne, die genau unter dem verheuernden Zwischenhandel leiden, als die Befürchtung unserer Umgegend.

Der Verein der Einseher hält Sonntag, den 11. Januar, im Vereinslokal, Holzmarktstr. 8, seine regelmäßige Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Festsetzung einer neuen Liste der Mitglieder. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Aus Charlow berichtet man dem „Ruschni Ar.“ folgendem Ueberfall im Eisenbahnwagen: Herr R. Agent einer Königsberger Getreidefirma, trat kürzlich an Station Wodjanaja aus die Reise nach Petersburg an. unerwartet trat an denselben ein ihm unbekannter Herr und bot ihm seine guten Dienste an, um ihn, Krakowski einem Wagon 2. Klasse unterzubringen. Als Krakowski diesen Wagon trat und dem Kondukteur eröffnete, daß Differenz für die 2. Klasse nachzahlen möchte, meinte er in dem Wagon einige schlafende Passagiere Krakowski für die sich aus, schlief aber nicht. Er betrachtete die Summe Geldes bei sich und nahm daher vor, nach zu bleiben. Plötzlich hörte er, daß der Kondukteur die Schlafenden weckte, die sich dann, es waren ihm aus Krakowski waren und ihn zu wirren versuchten, Krakowski, ein starker Mann, wehrte die Räuber ab und ging auf die Plattform hinaus. Die Räuber folgten dorthin und versuchten ihn in den Wagon zurück zu ziehen, ihnen auch schließlich gelang. Man warf ihn zu Boden, stopfte ihm den Mund mit einem Tuche. Einer der Räuber auf ihn und schon schien es, als sollte er unterliegen. Endlich es ihm, ein Wein freizubekommen, mit dem er ein Wagon einstieg. Da der Zug in diesem Moment gerade in einer Station eintraf, wurde man dort auf den Lärm aufmerksam, daran eilten herbei, denen die frechen Räuber erklärten hätten eben einen Gauner und Taschendieb festgenommen. Der Chef der Halbstation behielt Herrn Krakowski zurück und die Räuber reisten unbekümmert weiter. mehr nahm der Gendarm in die Sache Einblick, ohne viel Schwierigkeit ließ sich nachweisen, Herr Krakowski eine belannte, ehrenhafte Person zu sein. Am anderen Tage wurde der schwer mißbrauchte Ausländer nach Charlow gebracht. Ueber Alles wurde ein Protokoll aufgenommen. Was ergiebt sich aus diesem? Daß pflichtvergessene, verbrecherische Eisenbahnbeamte die Eisenbahnräubern unter einer Decke spielen. Würde man Kondukteure, in deren Waggons Ueberfälle ausgeführt ohne Weiteres fortjagen — die Eisenbahnräubereien würden aufhören.

Den Amerikanern braucht nicht bange zu sein, im Punkte der Revoluerel von den Franzosen überflügelt zu werden. Der „Schlachtfeld“ spielt in der Union noch immer die mächtige Rolle. In einem sensationellen Scheidungsprozeß der jüngst in San Francisco vor dem Richter Sullivan verhandelt wurde, kam es vor, daß eine Frau Shomon, die Zeuge abgehört wurde, den Revolver aus der Tasche hervorkam, als der abhörende Advokat einige ihrer verdächtigen Bemerkungen machte. Man fiel über ihr Arm, aber nun stürzte ihr Sohn auf den Advokat und nur durch die Dazwischenkunft des Sohnes des letzteren, der den Angreifer auf der Stelle aufzuheben drohte, wenn er einen Revolver zöge, eine blutige That verhindert. Darauf besahl der Advokat die Polizei, nach körperlicher Untersuchung des Mannes, besagt, daß er keine Waffen an sich trage. Der Mann in diesem Scheidungsprozeß ist ein kalifornischer Revolvergewesene Senator Sharon; die Klägerin, Miß Sarah Hill, behauptet, er habe sie geheiratet und dann verlassen. Er leugnete die Heirath und will die Miß Hill nicht wieder gesehen haben. Aber der Richter Sullivan entschied zu Gunsten der Klägerin und verurtheilte den Beklagten die Hälfte des in die eheliche Gütergemeinschaft fallenden Vermögens — es wird auf zehn Millionen Dollars verurtheilt — herauszugeben. Sharon hat appellirt.

Theater.

- Königliches Opernhaus:**
Heute: Der Trompeter von Sillingen.
- Königliches Schauspielhaus:**
Heute: Nathan der Weise.
- Deutsches Theater:**
Heute: Der Weg zum Herzen.
- Bellevue-Theater:**
Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönhan.
- Königliches Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:**
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**
Heute: Der Walzer-König.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Der Klub. Pariser Lebensbild in 3 Akten von E. Gondinet.
- Opern-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Königliches Theater:**
Heute: Jenny Waldmann.
- Opern-Theater:**
Heute: Der Galcerenslaue.
- Wallner-Theater:**
Heute: Der Kompagnon.
- Viktoria-Theater:**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Die Gallophen des Glücks.

Werkzeug, für Tischler, ist wegen Todesfall zu verkaufen. Tegelerstr. 2, v. 3 Tr. 74. Auch Sonntags von 9 Uhr ab.

Kalbfleisch, Brust 35, Keule 40 Pf. 72. Kalbfleisch, Adalbertstr. 80 i. Keller.

General-Versammlung des Vereins der Sattler und Fachgen. Sonabend, den 17. Jan., Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht und Abrechnung. 2. Wahl des Gesamt-Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Preussische Loose: Hauptziehung heute bis 31. Januar.
Original 1/2 150 Mark, 1/4 72 Mark.
Antheile 1/3 30 Mk., 1/6 15 Mk., 1/32 7,50 Mk., 1/64 4 Mk.
Borchardt Gebr., 1. Geschäft Friedrichstraße 61, Telephon 31.
2. „ Königstr. 1, Ecke Burgstr. „

Central-Kranken- u. Begräbniskasse für Frauen u.
C. D. (Offenbach a/M.) Verwaltungsstelle Berlin.
Hauptversammlung.
Sonntag, den 18. Januar 1885, Nachmittags 3 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. (Unterer Saal.) Tagesordnung: Kasseebericht. Bericht des Kontrolleurs. Wahl des Gesamt-Vorstandes. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. 73

Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavier-Arbeiter.
Sonabend, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße Nr. 77/79. Tagesordnung: 1. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einigen Piano-Fabriken. Die Kollegen der betreffenden Werkstätten sind dazu eingeladen. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand. 75

Im Anschluß an die Warnung des Vorstandes des Fachvereins der Arbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen bemerke ich, daß die in meiner Fabrik beanpruchte Arbeitszeit nicht länger als 10 Stunden pro Tag ist. 70
Bernhard Joseph, Bethanien-Ufer 6.
Die Nr. 12 der humoristischen Blätter „Der wahre Jacob“ ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

Kleine und große Vereinszimmer auch Sonntags zu haben. Mauerstraße 86.

Notizkalender.
In Folge fortgesetzter starker Nachfrage dem im Verlage von Borchardt u. Comp. in Berlin erscheinenden
Deutschen Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender pro 1885
hat sich die Verlags-Handlung zur Veranstaltung einer 11. Auflage entschlossen und ist frische Sendung in der Expedition des „Berliner Volksblatt“ eingetroffen. Der Preis ist gut gebunden, reichhaltig ausgestattet als Taschenkalender, der eine Reihe von wichtigen Geschäftstafeln u. enthält, ist 50 Pf.

Selbstunterricht in der einfachen und doppelten kaufmännischen Buchführung und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchmethode.
Von
C. Schmidt, Lehrer d. Handelswissenschaften.
Preis Mk. 1,50.
Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksblatt“ Zimmerstraße 44.